

Gymnasium

Nr. 11-12/2019

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



Der Philologenverband BW im Dialog:

- Dr. Thomas Riecke-Baulecke (Präsident des ZSL) im Gespräch mit Gymnasium Baden-Württemberg
- Umsetzung der Tarifeinigung TV-L März 2019
- 60. internationales Bodenseetreffen in Sankt Gallen (Schweiz)
- Ministerin Dr. Susanne Eisenmann besucht Junge Philologen und Junge Union
- Parteigespräche mit CDU, FDP und Grünen

Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein



Editorial [Ralf Scholl]	2
Positionspapier Digitalisierung [Teil 3]	3
Interview mit Thomas Riecke-Baulecke [Enver Groß]	4
Fridays for JuPhi [Martina Scherer]	6
Gymnasium mit Zukunft [Martina Scherer]	7
Digitalisierung und wie weiter? [Maximilian Röhrich]	8
So wird das 'Einfrieren' der Jahressonderzahlung und der Garantiebeitragsanspruch bei Höhergruppierungen umgesetzt! [Ursula Kampf]	10
Europa [Bernd Saur]	11
Thema aktuell: Die Grünen	13
Gute Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule [Karin Fetzner]	14
60. Internationales Bodenseetreffen: Übergänge [Karin Fetzner]	15
'Gymnasiale Bildung - Mittel oder Zweck oder Mittel zum Zweck' [Evelyn Kapahnke]	16
'Non vitae sed scholae discimus' [Helmut Hauser]	17
Aus dem HPR [Jörg Sobora]	18
'Ich mache auch keine Jubelschreie, wenn der Beitrag wieder abgebucht wurde' [Andreas Müller]	20
Neue Lernwege im Allgäu [Evelyn Kapahnke]	23
Lern ³ - Interview mit OStD Thomas Tomkowiak [Evelyn Kapahnke]	24
Wahl: JuPhi-Vorsitz in den Bezirken	26
Das Qualitäts(verlust)konzept oder: Wie man funktionierende Strukturen zerstört [Dieter Grupp]	27
Titelfoto: Edith-Stein-Gymnasium Bretten (Foto: Helmut Hauser)	

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:

Schriftleiter:
Enver Groß [E.G.] | enver.gross@phv-bw.de
Ziegelstraße 14 | 88214 Ravensburg

Redaktionsteam:

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] |
Bettina Hölcher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] |
Anne Käbbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] |
Christine Waibel [C.W.] | Richard Zöllner [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:

Januar-Februar-Ausgabe: 30. Dezember 2019,
März-April-Ausgabe: 9. März 2020.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie dieses 'GBW'-Heft in Händen halten, ist die Verabschiedung des Landes-Doppelhaushalts für 2020/2021 gerade aktuell.

Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann hat insgesamt etwa 1050 neue Stellen im Schulbereich durchgesetzt, aber die Gymnasien profitieren davon fast gar nicht: zweimal 35 A13-Stellen für den Ethikunterricht in Klasse 5 und 6, 32 + 30 A13-Stellen zusätzliche Vertretungsreserve 2020 und 2021, 12 A13-Stellen für die Ausweitung von Informatik und 65 + 65 A13-Stellen für die 'Verlängerung des G9-Schulversuchs', das war's! Dafür dürfen wir 2020 noch einmal 50 A13-Stellen an die GMS abgeben. – Keine dringend benötigte Rückgabe der gymnasialen Anrechnungsstunden nach den Kürzungen um ein Drittel 2015/2016 und auch keine Entlastung der gymnasialen Schulleitungen im Rahmen des aktuellen SL-Entlastungspakets trotz vieler zusätzlicher Aufgaben.

Vor allem aber gibt es keine zusätzlichen Lehrerstunden für die Kursstufe, obwohl im nächsten Schuljahr der zweite Kursstufen-Jahrgang auf das Leistungsfach-Basisfach-System umgestellt wird. Allein durch die veränderte 'Oberstufenformel' entsteht aber 2020 ein Stunden-Mehrbedarf von rund 130 Deputaten. Dennoch ist für das Schuljahr 2020/2021 kein einziges zusätzliches Deputat dafür eingepplant. Für die Umstellung des ersten Kursstufen-Jahrgangs in diesem Jahr gab es lediglich unzureichende 65 Deputate.

Dies ist um so unverständlicher, als die Notwendigkeit offensichtlich ist. Tatsächlich liegt der Mehrbedarf an Lehrerstunden bei über 200 Deputaten, wie der Philologenverband seit einer im Oktober durchgeführten Umfrage zur tatsächlichen Kursbildung an den Gymnasien belegen kann. Ländliche Gymnasien, deren Entfernung zu den Nachbarschulen zu groß ist, um KOOP-Kurse einzurichten, haben keine Chance, mit den laut 'Ober-



Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

stufenformel' vorgesehenen Lehrerstunden auszukommen. Es sei denn, das Wahlangbot für die Schüler wird praktisch auf null eingeschrumpft.

Im Landesschnitt ergibt sich ein doppelt so hoher Mehrbedarf wie in der »Oberstufenformel« vorgesehen.

Schon in diesem Schuljahr sind an einigen Schulen deshalb Kurse eingerichtet worden, die größtmäßig jeden Rahmen sprengen. Leistungsfach-Kurse mit 30 Schülern in Chemie und mit 27 Schülern in Mathematik oder Englisch sind ebenso wenig sinnvoll wie Grundkurse mit 34 Schülern in Geografie oder katholischer Religion oder mit 32 Schülern in Musik, 31 in Sport oder 30 in Chemie. Und auch Grundkurse mit 29 Schülern in Geschichte und evangelischer Religion und mit 28 Schülern in Bildender Kunst sind schlicht zu groß.

Rund 300 'Aufsetzerkurse' landesweit (d.h. gemeinsamer Unterricht von Basisfach- und Leistungsfachschülern in den Basisfach-Stunden und nur zusätzliche zwei bzw. drei echte Leistungsfach-Stunden) sind ein unübersehbares Alarmzeichen für das im Leistungsfach erreichbare Niveau. So besteht – trotz guter Konzeption – sogar die Gefahr einer Niveausenkung aufgrund der mangelhaften Lehrerruzuweisung.

Der Philologenverband Baden-Württemberg versucht aktuell in Gesprächen mit Kultusministerium und Regierungsfractionen eine Aufstockung der Lehrerstunden für die Oberstufe zu erreichen.

In den letzten Wochen haben den Philologenverband Baden-Württemberg fünfzehn Berichte, darunter erschütternde Hilferufe von Gymnasiallehrern an Gemeinschaftsschulen, erreicht. Der Landesvorstand diskutiert derzeit geeignete Schritte, die der

Thomas Riecke-Baulecke im Gespräch ...

... mit Gymnasium Baden-Württemberg

Thomas Riecke-Baulecke ist als Präsident des ZSL (Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) zuständig für über 5000 Mitarbeiter und alle Lehrkräfte im Land. Im Interview stellt er sich den Fragen unserer Verbandszeitschrift.

Sie waren als Sozialarbeiter in Hamburg tätig, bevor Sie in das Lehramt gewechselt haben. Inwieweit hat Sie dies in Ihrer Arbeit mit Menschen geprägt?

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen hat mir stets viel gegeben, mir Sinn des Tuns vermittelt. Ich konnte schnell lernen, dass gerade Jugendliche in schwierigen Situationen eben beides brauchen, Zuwendung und Vertrauen in ihre Kräfte als auch Klarheit in den Erwartungen und Regeln.

Sie sind seit dem 1. März dieses Jahres Präsident des ZSL und leiten somit eine Mammutbehörde mit über 5000 Mitarbeitern. Wie würden Sie ihren Führungsstil bezeichnen?

Ich schätze Partizipation und Klarheit – beides bedingt sich. Expertenorganisationen funktionieren nicht nach dem Top-Down-Prinzip. Wir brauchen Kreativität, innovatives Denken und das finden wir überall, vor Ort in den Schulen und in den Seminaren, das soll die Arbeit in der 'Zentrale' und in den Regionalstellen prägen. Mir ist direkte Kommunikation wichtig; anstatt umständliche Wege zu gehen, sollten wir uns an einen Tisch setzen – das kann gerne auch ein virtueller sein – und Probleme erörtern, Pläne entwickeln und diese praktisch werden lassen. Ich setze auf Dialog, Meinungsbildung, dann aber auf Entscheidungen und Konsequenz in der Umsetzung. Beliebigkeit und Unverbindlichkeit sind nicht meine Freunde.

Sie bezeichnen Gymnasien als 'hochintegrierende Systeme'. Was verstehen Sie darunter?

Erinnern wir uns: Vor einigen Jahrzehnten lag die Gymnasialquote bei unter zwanzig Prozent. Heute ist sie



>> Thomas Riecke-Baulecke ist Präsident des ZSL

mehr als doppelt so hoch und das Leistungsniveau der Gymnasien in Deutschland ist im Durchschnitt weitgehend konstant geblieben. Dass Deutschland nach dem PISA-Schock 2001 zu den Aufsteigerländern gehört, liegt auch daran. Diese Leistung der Gymnasien wird vielfach unterschätzt. Zugleich muss ich hinzufügen, dass die duale Ausbildung als zentrales Standbein des deutschen Bildungssystems ebenso wichtig ist. »Abitur für (fast) alle« ist weder eine sinnvolle, noch eine realistische Forderung.

Warum sind Vergleichsstudien wie zum Beispiel der IQB-Ländervergleich 2015 Ihrer Meinung nach so wichtig?

Inzwischen ist der Ländervergleich durch den IQB-Bildungstrend ergänzt worden, so dass Entwicklungen analysiert werden können, das ist ein Meilenstein im deutschen Bildungsmonitoring. Erstmals verfügen wir über Daten in Hinsicht auf Veränderungen und diese sind sehr interessant und teilweise hochbrisant, was wir für unser Bundesland ja erleben durften. Was fehlt, sind Untersuchungen zu den Ursachen bestimmter Entwicklungen. Mit Sorge beobachte ich, dass in einigen anderen Bundesländern wieder die Distanz zur Empirie entsteht. Bei

allen Unzulänglichkeiten sollten wir uns nie wieder einem 'PISA-Schock' aussetzen, der de facto die kollektive Ignoranz im deutschen Bildungssystem über den tatsächlichen Zustand zum Ausdruck brachte. Wer die Augen wieder vor Wirklichkeiten zuzumachen möchte, wird ein böses Erwachen haben. Der Bildungsstand in Deutschland ist zu wichtig, um darüber wieder in Spekulationen zu verfallen.

Baden-Württemberg hat seit geraumer Zeit auf vielen Ebenen einen stetigen Abwärtstrend in der Bildungsqualität zu verzeichnen. Welche Faktoren verbinden Sie mit diesem?

Um es vorweg zu sagen: Ich erlebe hochengagierte Lehrkräfte und Schulleitungen hier im Ländle, das ist nicht unser Problem. Die wohl wichtigsten Ursachen liegen in einer stark veränderten Schülerschaft mit einem Anteil von rund vierzig Prozent Schülerinnen und Schülern, die gravierende Sprachprobleme haben, und in der Frage, welche Antworten im letzten Jahrzehnt darauf gegeben worden sind. Die Stärke des Abwärtstrends ist möglicherweise auf Kompositionseffekte zurückzuführen, in denen das eine zum anderen kommt und Verstärkungsmechanismen entstehen. Wenn die Klarheit der Leistungserwartungen, die Rolle der Schulaufsicht und der Lehrkräfte in ihrer Erziehungs- und Bildungsaufgabe relativiert werden, kann es zu Schwächungen des Systems kommen. Dass die entsprechenden Weichenstellungen viele Jahre zurückliegen, ist typisch für Bildungssysteme, in denen die Wirkungen von Entscheidungen erst mit großer Zeitverzögerung sichtbar werden. Die hohe Fragmentierung in der Fortbildung, mangelndes Bildungsmonitoring und geringe Kohärenz in der Lehrerbildung haben es sicherlich erschwert, wirksame Antworten auf die Herausforderungen zu finden und umzusetzen.

Welche Rolle ordnen Sie den neuen Instituten ZSL und IBBW bezüglich der Qualitätsoffensive in der Bildung in Baden-Württemberg zu?

Ich erlebe im ZSL und in den Seminaren ein bemerkenswertes Engagement für die Sache der Schulen, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler. Unsere Aufgabe ist es, einerseits das Gute in der Lehrerbildung zu bewahren und zugleich neue Impulse zu setzen. Eine sehr, sehr große Herausforderung ist, dass diese Aufgabe parallel mit dem Aufbauprozess und dem ZSL-Qualitätsdialog zu leisten ist. Mir war es von Anfang an wichtig, den Dialog mit Lehrkräften, Schulleitungen, Schulaufsicht und Seminaren zu suchen. Ich möchte deutlich machen, dass das ZSL nur dann gute Arbeit machen kann, wenn wir zuhören, Rückmeldungen zu unseren Ideen einholen und Qualität gemeinsam mit den Akteuren vor Ort entwickeln. Inzwischen habe ich rund sechzig Dialogveranstaltungen mit über 3000 Beteiligten durchgeführt. Ich habe viel in diesem Dialog gelernt, und die Rückmeldungen zeigen, dass wir mit dem Fokus 'Qualität des Fachunterrichts' auf dem richtigen Weg sind.

Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit in den sechs Regionalstellen konkret vor? Welche Kooperations-szenarien sind hier geplant?

Die Regionalstellen haben ihre Arbeit aufgenommen, da ist noch einiges zu klären. In den letzten sechs Monaten habe ich rund einhundert Auswahlgespräche geführt, um die Stellen in der Zentrale und in den Regionalstellen zu besetzen. Wir müssen Schritt für Schritt vorgehen. Die ersten Schritte der Regionalstellenleitungen waren, die Fortbildung sicherzustellen und den Dialog in den Regionen mit der Schulaufsicht und den Schulleitungen zu beginnen. Ich setze auf starke ZSL-Regionen, in denen wir die Kooperation mit den Hochschulen, Schulleitungen und Schulen verstärken, sie systematisieren. Dazu gehört eine fachbezogene Teamstruktur aufzubauen, in der Aus- und Fortbildung zusammengebracht werden.

Sie betonen in Ihrer Arbeit immer wieder den Leistungsbegriff. Was verstehen Sie unter diesem und wie wollen Sie Leistung konkret fördern und fordern?

Die demokratische Schule ist über das Leistungsprinzip konstituiert. Leistung soll zählen und nicht soziale Herkunft, Glaube oder Geschlecht. Ein wichtiges Ziel von Schule ist es, die vielfältigen Leistungspotentiale von Kindern und Jugendlichen zu erkennen und möglichst gut zu fördern. Dazu gehört, dass gesellschaftliche Erwartungen transportiert und Leistungsanforderungen gestellt werden. Leistung fordern, Lernen fördern: das sind zwei Seiten einer Medaille, des Bildungs- und Erziehungsauftrags von Schule. Wichtig ist, den Leistungsbegriff weit zu fassen und nicht auf einfach messbare Teilaspekte zu reduzieren. Philosophieren, Malen, Musizieren, Klassensprechertätigkeit, soziales Engagement, Patenschaften – all das sind wichtige Leistungen, die Schülerinnen und Schüler erbringen.

Was sind für Sie Merkmale für guten Unterricht?

Eigentlich ist die Sache ganz einfach: Guter Unterricht zeigt sich auf Seite der Schülerinnen und Schüler am Gewinn an Wissen und Können, an Interesse und Motivation, an Selbstregulierungsfähigkeiten und sozialer Kompetenz. Unterricht ist stets multi-kriterial und deshalb sind die Erfolgsfaktoren vielschichtig. Wesentlich sind die Tiefenstrukturen: kognitive Aktivierung, konstruktive Unterstützung und Klassenführung. Sie sind prädiktiv für den Lernerfolg. Die Sichtstrukturen sind zwar nicht prädiktiv, sie geben aber dem Unterricht 'Farbe'. Methodenvielfalt bleibt wichtig. Allerdings sollten wir nicht in die Falle der 'Sichtstrukturdebatte' laufen, in der wir uns über 'offenen' und 'geschlossenen Unterricht' streiten. Erfolgversprechend ist ein lehrergelenkter und zugleich schülerorientierter Unterricht.

Wie würden Sie die Lehrerrolle beschreiben?

Lehrerinnen und Lehrer sind Führungskräfte und üben einen der wich-

tigsten Berufe in unserer Gesellschaft aus. Sie ermöglichen Bildung und Demokratiefähigkeit der nachwachsenden Generation. Lehrkräfte haben eine Vielfalt von Aufgaben: Sie klären Ziele, geben Impulse, sind Experten im Erklären, sie diagnostizieren, geben Feedback, sie fördern die Selbstständigkeit der Lernenden und sind immer wieder die ordnende Hand. Und nicht zu unterschätzen ist ihre Aufgabe, möglichst faire, an transparenten Kriterien orientierte Bewertungen vorzunehmen, Laufbahntscheidungen vorzubereiten und zu treffen.

Wie stehen Sie zum Thema Digitalisierung des Unterrichts?

Wer sich an die Einführung der Sprachlabore und Overheadprojektoren noch erinnert, weiß: Mit Medien kann Sinnvolles und viel Unsinn betrieben werden. Die Herausforderung ist, digitale Kompetenz, die eine Art vierte Kulturtechnik geworden ist, sehr ernst zu nehmen und digitale Medien in pädagogisch sinnvoller Weise zu nutzen. Ein Blick in die globalisierte Welt zeigt, welche Dynamik inzwischen nicht zuletzt im Schulbereich entstanden ist. Es ist ganz schlicht: Nationen und Kulturen, die Zäsuren in wissenschaftlich-technischen Entwicklungen verschlafen, kommen ins Hintertreffen, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Wir brauchen ein offenes und zugleich aufgeklärtes, kritisches Verhältnis zur digitalen Revolution. Das ZSL wird eine Fortbildungsoffensive zur sinnvollen Nutzung digitaler Medien starten.

Sie wollen die Fortbildungsformate in Baden-Württemberg verändern. In welche Richtung soll es hier gehen?

Seit einigen Jahren sagt uns die empirische Bildungsforschung, dass es auf längerfristig angelegte, kontinuierliche Fortbildung ankommt. Wirksame Fortbildung ist einerseits wissenschaftsbasiert, sie nutzt Erkenntnisse der Forschung, andererseits ist sie 'schülerorientiert', sie thematisiert, was bestimmte Konzepte für das Lernen bedeuten. Das erfordert, Fortbildung praxisnah zu gestalten, den Austausch und die Reflexion zu beför-

dern. Digitale Blended-Learning Formate, in denen Face-to-Face Kommunikation gemischt wird mit digitalen Formaten bieten dafür – eigentlich schon seit zehn bis fünfzehn Jahren – sehr gute Möglichkeiten. Aber auch 'One Shots', wie es in der Forschung heißt, und Fachtage sind wichtig für Impulse und den Erfahrungsaustausch.

Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen Arbeitsmehrbelastungen bei den gymnasialen Lehrkräften einerseits und Qualitätsverlusten im Bereich der gymnasialen Bildung in Baden-Württemberg andererseits?

Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und Schulleitungen ist hoch, daran besteht kaum ein Zweifel. Doch Befunde über Zusammenhänge gibt es kaum.

Viele Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien sind aufgrund der vielfältigen Belastungen nicht mehr in der Lage, mit vollem Deputat zu unterrichten. Wie wollen Sie die eingehenden Mehrbelastungen der Lehrkräfte an dieser Schulart auffangen, um ihnen genügend Raum zu geben, guten Unterricht zu leisten?

Ein wichtiges Kriterium für gelingende Fortbildung sollte sein, dass sie Lehrkräften Unterstützung bietet und nicht als zusätzliche Belastung wahrgenommen wird. Unsere Fortbildungsangebote müssen wir darauf hin überprüfen, ob sie den Lehrkräften und Schulleitungen helfen, das Lernen der Schülerinnen und Schüler möglichst gut voranzubringen und zugleich entlastend zu wirken und dann gegebenenfalls weiterentwickeln. Das ZSL sollte noch stärker den Blick auf die Fachkonferenzarbeit richten: Teamarbeit ist zwar kein Selbstzweck, sie kann aber im Sinne professioneller Kooperation durchaus zu Entlastungseffekten führen, wenn Einzelkämpfertum relativiert und gemeinsames Planen, Reflektieren, gegenseitige Hilfe sowie Wertschätzung gestärkt werden.

Vielen Dank für das Gespräch.

E.G.

Friday for JuPhis

Klausurtagung in St. Gallen

Die Jungen Philologen nutzten den Rahmen des 60. Bodenseetreffens in St. Gallen (Schweiz), um am 20. September ihre 3. Klausurtagung abzuhalten. Die Landesvorsitzende der Jungen Philologen Baden-Württemberg, Martina Scherer, begrüßte die bereits am frühen Nachmittag aus ganz Baden-Württemberg angereisten JuPhi. Um die Zeit optimal zu nutzen, tagten die JuPhi bis in die späten Abendstunden hinein. Martina Scherer berichtete zu Beginn von dem zurückliegenden Treffen mit Bildungsministerin Dr. Susanne Eisenmann in Waiblingen am 16. September 2019, das in Zusammenarbeit mit der Jungen Union organisiert wurde. Außerdem wurden von der Vorsitzenden die anstehenden Veranstaltungen und ein Terminüberblick vorgestellt.

In der anschließenden arbeitsteiligen Phase widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedenen Themen (Erstellung einer Pressemitteilung, Bearbeitung der Wahlprüfsteine für die Landtagswahlen 2021, inhaltlicher Input für den Landesvorstand, und weitere organisatorische Aspekte). Die Ergebnisse der Teilgruppen wurden danach allen Teilnehmern präsentiert und angeregt diskutiert.

Das Resümee einer erfolgreichen Herbstklausur: Ein Koffer voller Ideen, die in den nächsten Klausurtagungen bearbeitet und in den Landesvorstand des Philologenverbandes Baden-Württemberg eingebracht werden sollen. Dabei erwies sich der Ortswechsel von Stuttgart nach St. Gallen durch die vielen Gespräche mit den Verbänden aus Bayern, Österreich

und der Schweiz, die in den beiden darauffolgenden Tagen im Rahmen des Bodenseetreffens geführt wurden, als sehr gewinnbringend. Wir freuen uns bereits auf das Bodenseetreffen im Jahr 2020, welches von unserem eigenen Landesverband in Singen ausgerichtet werden wird.

Um unsere Arbeit noch intensiver gestalten zu können und neue Ideen aufnehmen zu können, laden wir alle interessierten jungen und jung gebliebenen Kolleginnen und Kollegen ein, uns bei den nächsten JuPhi-Klausurtagungen am 7. März und am 18. Juli 2020 in Stuttgart zu unterstützen. Fragen und Anmeldungen können per E-Mail an die JuPhi-Vorsitzende BW (Martina Scherer) gerichtet werden: martina.scherer@phv-bw.de.

Alternativ stehen bei Fragen und Anregungen natürlich auch die jeweiligen Ansprechpartner in den Bezirken zur Verfügung.

- **Nordbaden:**
Vorsitzende, *Martina Scherer*:
martina.scherer@phv-bw.de
Stellvertretender Vorsitzender,
Mathias Fuchs:
mathias.fuchs@phv-bw.de
- **Südbaden:**
Vorsitzende, *Stephanie Gutgsell*:
stephanie@gutgsell.net
- **Nordwürttemberg:**
Vorsitzende, *Laura Schönfelder*:
laura.schoenfelder@gmx.de
Stellvertretende Vorsitzende,
Corinna Heiss:
corinna.heiss@hotmail.fr
- **Südwürttemberg:**
Vorsitzender, *Pascal Maucher*:
pascal.maucher@t-online.de

**Mathias Fuchs, Miriam Plachta,
Martina Scherer**

>> Die Teilnehmer der JuPhi-Klausurtagung in Sankt Gallen.



Gymnasium mit Zukunft – wohin geht der Weg, Frau Ministerin?

Das neue Schuljahr startete für die Jungen Philologen gleich mit einer außergewöhnlichen Veranstaltung, die auf den beiden letzten Klausurtagungen im vergangenen Schuljahr vorbereitet wurde. Gemeinsam mit der Jungen Union (JU) des Rems-Murr-Kreises fand am 16. September 2019 ein berufs- und bildungspolitischer Dialog mit unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann in Waiblingen statt. Dieser Abend konnte vom Arbeitskreis der JuPhi unter der Leitung der JuPhi-Landesvorsitzenden Martina Scherer und von der JU aus dem Rems-Murr-Kreis auf die Beine gestellt werden. Corinna Heiss, stellvertretende JuPhi-Bezirksvorsitzende aus Nordwürttemberg, diente dabei als Schnittstelle zum Philologenverband Baden-Württemberg.

Die Diskutanten des Abends waren Dr. Susanne Eisenmann (Kultusministerin BW), Michael Bodner (Vorsitzender der Schülerunion BW), Tom-Lukas Lambrecht (Lehramtsstudent und Mitglied der JU), Ralf Scholl (Landesvorsitzender des PhV BW) und Martina Scherer (JuPhi-Landesvorsitzende im PhV BW).

Durch den Abend führte Ann-Kathrin Simon, die Kreisvorsitzende der JU Rems-Murr-Kreis. Nach einem Kurzinterview mit der Ministerin wurden alle weiteren Diskutanten in die Gesprächsrunde gebeten.

Inhaltlich ging es um folgende Themen:

Als eine aktuell wichtige Maßnahme nannte Dr. Eisenmann die Gewinnung von Lehrkräften nicht nur für die Grundschulen, an denen der Mangel sehr groß sei, sondern zum Beispiel auch für bestimmte naturwissenschaftliche Fächer am Gymnasium. Ein Thema, das zukünftig geplant sei, wäre die Einführung von zentralen Klassenarbeiten, die auch bewertet und als Schülerleistung angerechnet werden sollen. Ebenso müsse der Übergang an die weiter-

führenden Schulen besser begleitet werden. Leider sprach sich die Ministerin an dieser Stelle nicht für eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung aus. Diese würde die Schülerinnen und Schüler gemäß ihrer individuellen Leistungsfähigkeit auf die passende weiterführende Schule führen. Dies wäre nicht nur ein Gewinn für das Gymnasium, sondern würde auch die Realschulen und Hauptschulen wieder aufwerten. Dr. Eisenmann spricht sich auch dafür aus, alle Schularten, die es in Baden-Württemberg gibt, in ihren speziellen Aufgabengebieten zu fördern. Leider ging sie auf die Kritik am unzureichenden pädagogischen Konzept der GMS und auf die Schilderungen der Probleme von Gymnasiallehrkräften an den Gemeinschaftsschulen nicht konkreter ein.

Hoffnungsvoll versprach die Ministerin, dass das Entlastungskontingent wieder aufgestockt werden würde, doch genaue Zahlen wurden nicht genannt, sondern sie verwies auf den bestehenden Koalitionsvertrag.

Als Information aus der Kultusministerkonferenz führte sie auch die Planungen für ein Zentralabitur an, die sie persönlich vorantreiben möchte. Auf Nachfrage bestätigte sie, dass ein zentrales Abitur dann notwendigerweise Anpassungen in den Ländern und bei den Lehrwerken mit sich bringen würde. An dieser Stelle tauchten große Bedenken bei den Gymnasiallehrkräften auf, dass Einheitlichkeit zu Niveauverlusten in einzelnen Ländern führen würde.

Von Seiten der Studenten kam die Forderung, dass man Lehramtsstudenten viel früher und deutlicher auf die Chancen und die Probleme hinweisen solle, die sich aus dem momentanen und prognostizierten Bedarf an Lehrkräften an den verschiedenen Schularten und mit den verschiedenen Fächern ergeben.



>> Die Jungen Philologen und die Junge Union im Gespräch mit Dr. Susanne Eisenmann

Schon ganz im Wahlkampfmodus, blieb die Ministerin freundlich, sympathisch und zeigte sich offen, jedoch ohne größere Versprechungen zu machen, damit legte sie sich auch nicht fest.

Hier ein paar Statements von Zuhörern des Abends als Zitate:

- »Nicht unsympathisch, aber manchmal schlecht informiert.«
- »Sie hat nicht viel Kontroverses geboten, aber auch keinerlei Versprechungen gemacht. Auf die Frage von Ralf Scholl bezüglich der viel höheren Zahlen von Studienabbrechern aus den beruflichen Gymnasien im Vergleich zu den allgemeinbildenden Gymnasien hat sie sich um eine Antwort gedrückt, darauf ging sie überhaupt nicht ein, das will sie nicht hören oder zur Kenntnis nehmen. Das ist mir nicht zum ersten Mal aufgefallen und im Gedächtnis geblieben. Ansonsten war die Atmosphäre recht harmonisch für mein Gefühl.«
- »Ich fand es sehr beeindruckend, dass Frau Dr. Eisenmann sich die Zeit genommen hat, um mit uns JuPhi über die aktuelle und zukünftige Bildungspolitik zu diskutieren. Ein insgesamt sehr gelungener Abend!«
- »Unsere Ministerin bekam (mal wieder) Honig geschenkt.«
- »Eine gut gestimmte Ministerin, der man aber auch angemerkt hat, dass sie schon auf Wahlkampftour war und somit nicht polarisiert hat, sondern versuchte, eine vermittelnde Rolle zwischen allen Schularten einzunehmen.«

Martina Scherer

Digitalisierung und wie weiter?

Die Jungen Philologen auf Antwortsuche in Göttingen

Der alte und neue Megatrend in Gesellschaft, Wirtschaft und Schule ist und bleibt die Digitalisierung. Was den Jungen Philologen des DPhV besonders wichtig ist, bleibt die Frage nach der gelungenen Umsetzung der zum Überschwappen neigenden halbgaren Ideensuppe in diesem Bereich. Dabei, so wurde man sich schnell einig, bedarf es vor allem einer Sache: Den Nachweis eines konkreten Mehrwerts für Schüler und Lehrer. Nur weil ein Bild über Smartboard und nicht, wie ehemals, über Overheadprojektoren dargeboten wird, hat man dieses Ziel sicherlich noch nicht erreicht. Und nur weil es irgendwie digital ist, ist es noch nicht für sich gut oder besser als andere mögliche Unterrichtsinhalte.

Wenn man diese Erkenntnis ernst nimmt, dann heißt dies in letzter Konsequenz auch, dass die Digitalisierung keinen neuen didaktischen Turn darstellt, der die bewährte gymnasiale Didaktik über Nacht grundstürzend auf den Kopf zu stellen vermag. Sondern, dass zum einen – und zwar nur da, wo es konkreten Nutzen bringt – digitale Elemente oder auch Einheiten in den klassischen, auf Fächern aufbauenden, gymnasialen Unterricht eingebettet werden können. Zum anderen, dass ein gezielter Informatikunterricht, der sich mit den Prozessen und Algorithmen unterhalb der reinen Anwenderoberflächen befasst, sinnvoll erscheint.

Außerhalb dieser genuin pädagogisch-didaktischen Fragestellung, insbesondere befeuert durch den *DigitalPakt Schule*, rücken die technische (Gerätepark) und personelle (Netzwerkbetreuung, digitaler Hausmeister/Kümmerner) Ausstattung und die Vernetzung der deutschen Schulen untereinander, aber auch etwaige interaktive Lerninhalte (digitale Schulbücher) als Darreichungsformen des Wissens in den Vordergrund der Debatte.

In Göttingen ging es den Jungen Philologen zunächst darum, in induktiver Weise von konkreten Fragen ausgehend zu einer Gesamtschau zu finden. Dabei sollten möglichst viele Facetten des Trends, auch in Bezug auf die Implementierung innerhalb der Lehrerbildung, kritisch erfasst werden. Dazu reisten zwanzig Vertreter der Jungen Philologen aus ganz Deutschland (für die Jungen Philologen im Philologenverband Baden-Württemberg war Maximilian Röhricht entsendet) zu ihrer turnusmäßigen Herbsttagung Anfang September an.



>> Der Bundesvorstand der Jungen Philologen mit dem niedersächsischen Kultusminister Grant Hendrik Tonne, v.l.n.r.: Maximilian Röhricht, Heike Kühn, Matthias Schilling, Grant Hendrik Tonne, Georg-Christopher Hoffmann, Dominik Lörzel

Als zentrales Fazit blieb die Erkenntnis, dass Schüler durch das bloße Hineingeworfenwerden in die Medienwelt nicht per se zu kompetenten Nutzern derselben werden müssen. Dazu bedarf es des kritischen Hinterfragens im Einklang mit einer gezielten Schulung der technischen Aspekte. Während das inhaltlich-kritische Begleiten immer schon ein Kerninhalt der Gymnasiallehrerbildung war, bleibt eine entsprechende Vorbereitung und auch gezielte Weiterbildung der Lehrkräfte zum praktischen Können noch eine zu selten umgesetzte Forderung.

Konkret gab es die Möglichkeit, den niedersächsischen Weg mit Bildungsminister Grant Hendrik Tonne (SPD) zu beleuchten, der für die Tagung nach Göttingen angereist war. Besonders wichtig war ihm, dass man mit der digitalen Verwaltungs- und Vernetzungsstruktur (Bildungsplattform) wesentlich weiter als zum Beispiel Baden-Württemberg sei (er spielte damit indirekt auf das mittlerweile gescheiterte Projekt 'Ella' an).

Auch die Verankerung des Fachs Informatik werde, so Tonne, eine immer größere Rolle spielen müssen, wolle man auch weiterhin auf Höhe der Zeit bleiben. Diese Einschätzung bleibe unstrittig und sei so in allen Bundesländern zu finden.

Wie man aber dieses zeit- und personenintensive Vorhaben gut bewältigen will, konnte auch er den Jungen Philologen nicht abschließend erklären.

Ein Aspekt für Baden-Württemberg könnte sicherlich der Aufbau einer **Innovationsreserve** durch fertige Referendare sein, die mehr als eine reine Unterrichtsreserve sein darf. Diese qualitativ hochwertig ausgebildeten, innovativen gymnasialen Junglehrer sollten nicht nach bestandenem Referendariat aus der Schule geworfen, sondern vielmehr als kompetente Fachkräfte für ein solches Großprojekt umworben und einbezogen werden.

Maximilian Röhricht



>> Die Juphis des DPhV bei der Arbeit

0,- Euro Girokonto¹ vom Sieger für Gewinner

Vorteil für
dbb-Mitglieder und ihre
Angehörigen:

30,- Euro
Startguthaben

- ✓ **bundesweit kostenfrei
Geld abheben**
an allen Geldautomaten der
BBBank und unserer CashPool-
Partner sowie an den Kassen
vieler Verbrauchermärkte
- ✓ **einfacher Kontowechsel**
in nur 8 Minuten
- ✓ **BBBank-Banking-App**
mit Fotoüberweisung,
Geld senden und
anfordern (Kwitt) und mehr...
- ✓ **attraktive Vorteile
für den öffentlichen Dienst**



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 07 21/141-0
oder auf www.bbbank.de/dbb



www.bbbank.de/termin



DEUTSCHES INSTITUT
FÜR SERVICE-QUALITÄT
GmbH & Co. KG

1. PLATZ

Bank des Jahres

Überregionale Filialbanken

Kundenbefragung

Nov. 2018

6 Filialbanken

www.diso.de

Privatwirtschaftliches Institut



Endlich Klarheit bei der Umsetzung der Tarifeinigung TV-L März 2019:

So wird das 'Einfrieren' der Jahressonderzahlung und der Garantiebetragsanspruch bei Höhergruppierungen umgesetzt!

Zwar wurden die TV-L-Tarifverhandlungen Anfang März 2019 mit der Tarifeinigung erfolgreich abgeschlossen. In den Redaktionsgesprächen danach zeigte sich aber, dass Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite mehrere Aspekte der Tarifeinigung unterschiedlich interpretieren. Schließlich wurde ein Einvernehmen über die *Umsetzung der Tarifeinigung* erzielt und mit den Unterschriften der Tarifparteien unter die Änderungsstarifvertragstexte am 11. November 2019 dokumentiert.

Nachfolgend wird über zwei nun geklärte Bereiche informiert: über das 'Einfrieren' der Jahressonderzahlung und über den Geltungsbereich des neuen, deutlich höheren Garantiebetrags bei Höhergruppierungen.

Zur Erinnerung: Das beachtliche Gesamtvolumen des oben genannten Tarifabschlusses von acht Prozent, das im Sinne eines Gesamtpakets neben mehrschrittigen Entgelterhöhungen und sozialen Komponenten auch strukturelle Verbesserungen für diverse Beschäftigtengruppen enthält, konnte nur deshalb so erzielt werden, weil von Arbeitnehmerseite das 'Einfrieren' der Jahressonderzahlung auf dem Stand von 2018 zugestanden wurde. Die Jahressonderzahlung (früher Urlaubs- plus Weihnachtsgeld) wird in den 'Standardfällen' aus dem Durchschnitt der Summe der Monatsentgelte Juli/August/September abgeleitet; dabei wird von diesem Durchschnittswert je nach Entgeltgruppe ein bestimmter Prozentsatz genommen, um den Jahressonderzahlungsbetrag zu erhalten: bei E 10 und E 11 bisher 80 Prozent, bei E 12 und E 13 bisher 50 Prozent, bei E 14 und E 15 bisher 35 Prozent.



von Ursula Kampf
Tarifbeauftragte des Philologenverbandes Baden-Württemberg

In den kommenden Jahren wird nun die jeweilige Entgelterhöhung für die Jahre 2019, 2020 und 2021 aus diesen Prozentbeträgen herausgerechnet. Dabei wird sichergestellt, dass keine Unterschreitung des bisherigen materiellen Niveaus eintritt. Denn zunächst wird jeweils anhand der individuellen Konstellation im *aktuellen Jahr* für die L.i.A. gerechnet, also im Standardfall der Durchschnitt der Summe der oben genannten Monatsentgelte des *aktuellen Jahres* genommen.

Nachfolgend die neuen Prozentbeträge:

- für E 10 und E 11: 77,66 Prozent im Jahr 2019; 75,31 Prozent im Jahr 2020; 74,35 Prozent im Jahr 2021;
- für E 12 und E 13: 48,54 Prozent im Jahr 2019; 47,07 Prozent im Jahr 2020; 46,47 Prozent im Jahr 2021;
- für E 14 und E 15: 33,98 Prozent im Jahr 2019; 32,95 Prozent im Jahr 2020; 32,53 Prozent im Jahr 2021.

Die Vereinbarungen im Bereich der Höhergruppierungen hinsichtlich des sogenannten, im Vergleich zu vorher fast verdreifachten Garantiebetrags in Höhe von 180 Euro ab Entgeltgruppe 9a aufwärts (für Vollzeitbeschäftigte) gelten – so die Übereinkunft vom 11. September 2019 – nicht nur für Höhergruppierungen ab 1. Januar 2019, sondern auch für nicht stufengleich höhergruppierte 'Bestandsfälle', die seit ihrer Höhergruppierung noch

nicht in der neuen, höheren Entgeltgruppe in die nächste Stufe aufgerückt sind: Es »muss von Amts wegen eine Überprüfung und Erhöhung bis zur Höhe der neu vereinbarten Garantiebeträge auf 180 Euro für Beschäftigte in EG 9a und höher erfolgen. Dabei ist die Begrenzung auf maximal den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Höhergruppierung zu beachten, wie bei den ab 1. Januar 2019 erfolgten Höhergruppierungen auch« (Schreiben des dbb, Fachvorstand Tarifpolitik, vom 1. August 2019). Das bedeutet, dass diese 'Bestandsfälle' ggf. ab 1. Januar 2019 infolge des **höheren** Garantiebetrags ein Tabellenentgelt mit einem Auffüllbetrag bis zur Höhe des **neuen** Garantiebetrags von 180 Euro erhalten. Beispielsweise haben nicht nur L.i.A., die im Jahr 2019 von E 13 Stufe 3 nach E 14 Stufe 2 höhergruppiert wurden, sondern auch L.i.A., die von E 13 Stufe 3 nach E 14 Stufe 2 in den Jahren 2017 und 2018 im Mai oder Oktober höhergruppiert wurden, ab 1. Januar 2019 Anspruch auf ein Tabellenentgelt E 14 Stufe 2 mit einem Auffüllbetrag bis zur Höhe des **neuen** Garantiebetrags von 180 Euro, d. h. auf 4.602,39 Euro (als Vollzeitlehrkraft).*

Die einschränkende Klausel 'Begrenzung auf maximal den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Höhergruppierung' greift bei den an Gymnasien erfolgenden Höhergruppierungen, nämlich von E 13 nach E 14 oder (bei erfolgreicher Bewerbung auf eine Funktionsstelle) von E 14 nach E 15 nicht. Der oben genannte Unterschiedsbetrag ist nämlich immer jeweils höher als 180 Euro.

* 4422,39 Euro (E 13 Stufe 3) + 180 Euro = 4602,39 Euro; vgl. dagegen E 14 Stufe 2: 4550,35 Euro.

Schwierige Beschäftigungssituationen

Anlässlich des CESI-Seminars 'Prekäre Beschäftigung – Befähigung der Gewerkschaften zur Bewältigung der neuen Herausforderungen' vom 19. bis 20. September 2019 in Palermo hielt Bernd Saur, Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg, als Vertreter des DBB und des DPhV am 19. September 2019 ein Impulsreferat zum europaweiten Thema.

In den meisten deutschen Bundesländern sind Lehrkräfte verbeamtet, so dass ihre Arbeitsverhältnisse das Gegenteil von prekär sind, denn als Beamte sind sie unkündbar und ihre Alimentation ist – wie es das Gesetz vorschreibt – auskömmlich.

Lehrkräfte, die als Arbeitnehmer (früher: Angestellte) unbefristet beschäftigt sind, wie dies beispielsweise in Sachsen der Fall ist, wo nur Schulleiter verbeamtet sind, haben ebenfalls einen sicheren Arbeitsplatz.

Als prekär ist hingegen die Situation derer einzustufen, die als Vertretungslehrkräfte im laufenden Schuljahr (häufig gleich zu Beginn) mit einem bis Schuljahresende befristeten Arbeitsvertrag vorlieb nehmen müssen und die sich am ersten Ferientag der Sommerferien arbeitslos melden müssen, d.h. ab diesem Tag keine Bezahlung mehr erhalten. Und zwar auch dann nicht, wenn sie zu Beginn des neuen Schuljahres wieder dringend gebraucht, d.h. beschäftigt werden. In vielen Fällen vollzieht sich dies über viele Jahre hinweg in Folge. Hiervon sind Lehrkräfte vor allem in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Hamburg betroffen.

Insgesamt gesehen ist die Lehrerarbeitslosigkeit in Deutschland relativ gering. Dies ist dem hohen Bedarf geschuldet, wobei es regional und schulartspezifisch große Unterschiede gibt. So fehlen an baden-württembergischen Grundschulen Hunderte von Lehrkräften, während es im gymnasialen Bereich einen starken Bewerberüberhang gibt.

Im Juli 2018 liefen in Baden-Württemberg 3300 Vertretungsverträge aus, in Bayern waren es 6699. Davon melden sich nicht alle arbeitslos (zum



von Bernd Saur
Ehrenvorsitzender des Philologen-
verbandes Baden-Württemberg

Beispiel Pensionäre, die zeitweilig eine Vertretung übernommen haben). Diejenigen jedoch, die erneut einen Vertrag zum neuen Schuljahr angeboten bekommen und diesen auch annehmen, erhalten über die Sommerferien keine Lohnfortzahlung. Das Kultusministerium kontert die Kritik hieran mit der Bemerkung, die Betroffenen hätten sich ja bewusst für eine solche Situation, also einen solchen Vertrag, entschieden, und im Übrigen seien ja nur etwa drei Prozent der Lehrkräfte hiervon betroffen.

Aufgrund des anhaltenden Drucks durch die Lehrerverbände haben inzwischen einige Bundesländer Stichtagsregelungen eingeführt. So wird neuerdings in Bayern über die Sommerferien bezahlt, wessen befristeter Vertrag bis vier Wochen nach Schuljahresbeginn abgeschlossen wurde. Zum Schuljahr 2019/2020 startete darüber hinaus offensichtlich ein Programm, wonach Lehrkräfte, die seit mehr als fünf Jahren befristet eingestellt wurden, entfristet werden. In Mecklenburg-Vorpommern erhalten befristete Lehrkräfte, die im kommenden Schuljahr wieder eingestellt werden, das Gehalt für die Sommerferien nachbezahlt. In Rheinland-Pfalz gilt seit 2019: Wer bis zum 1. März befristet angestellt wurde, wird über die Sommerferien bezahlt. In Baden-Württemberg und Hamburg gibt es

solche Regelungen nicht, d.h. es erfolgt keine Bezahlung während der Sommerferien.

An diesem Beispiel kann man übrigens sehen, was der Föderalismus und hier speziell die Kulturhoheit der Länder in der Bundesrepublik bedeuten: Wir haben sechzehn verschiedene Schulsysteme, sechzehn verschiedene Abiturprüfungen und eine unterschiedliche Bezahlung der Lehrkräfte.

Ebenfalls von der Problematik einer Nicht-Lohnfortzahlung über die Sommerferien sind diejenigen jungen Lehrkräfte betroffen, die ihren Vorbereitungsdienst (Referendariat) mit Ende des Schuljahres beenden und eine Übernahmezusage an eine bestimmte Schule erhalten haben. Sie sind in einer noch prekäreren Lage als die bereits erwähnte Gruppe, weil sie diesen Vorbereitungsdienst als Beamte auf Widerruf abgeleistet haben und deshalb für über sechs Wochen völlig ohne Einkommen zurechtkommen müssen. Als Beamte konnten sie nämlich nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, weshalb sie sodann auch kein Arbeitslosengeld beziehen können. Sie müssen ihren Umzug an den neuen Schulstandort ohne jegliches Einkommen bewältigen. Während ein Jurist unmittelbar nach Beendigung seiner Ausbildung seine Stelle antreten kann, muss die Lehrkraft die Sommerferien ohne jegliches Einkommen überbrücken, muss also auf diese Weise persönlich den Umstand verantworten, dass es im Schulbereich eine Ferienordnung gibt. Wir halten dies für eine nicht vertretbare Ungleichbehandlung.

Die für das Land Baden-Württemberg mit dieser Praxis verbundene Ersparnis beläuft sich auf etwa 12,5 Millionen Euro.

Über sechs Wochen lang ohne Bezüge zu sein, ist für die Betroffenen, vor allem dann, wenn sich dies mehrere Jahre hintereinander so abspielt, eine enorme Belastung. Sie stehen nach einem langen und anstrengenden Studium und Referendariat mit 26, 27

oder 28 Jahren mittellos da und sind nicht selten auf die finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen (sofern diese dies überhaupt leisten können). Sie fühlen sich als Lückenbüßer, als Lehrer zweiter Klasse und bewerten das Verhalten des Arbeitgebers als beschämend. Sie fragen sich, ob nicht der Öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion haben sollte.

Leider ist seitens der Rechtsprechung keine Unterstützung zu erwarten. Der Europäische Gerichtshof hat am 21. November 2018 festgestellt, dass die Praxis, den befristeten Arbeitsvertrag mit dem Schuljahresende auslaufen zu lassen, rechtlich nicht zu beanstanden sei. Der Sachverhalt stelle auch keine Diskriminierung gegenüber unbefristet im Schuldienst tätigen Lehrkräften dar. Mit diesem Urteil des EuGH haben die Bundesländer weiterhin die Möglichkeit, an ihrer bisherigen Befristungspraxis festzuhalten. Die Berliner Koalition aus CDU und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag 2018 festgelegt, »nicht länger unendlich lange Ketten von befristeten Arbeitsverhältnissen hin(zu)nehmen« und befristete Ar-

beitsverhältnisse deutlich zu begrenzen. Dieses löbliche Vorhaben ist jedoch deshalb praktisch wirkungslos, weil – wie bereits ausgeführt – der Bildungsbereich Ländersache ist.

Welche konkreten Forderungen ergeben sich nun aus dieser Sachanalyse?

Bei Vertretungslehrkräften mit Anschlussverträgen muss eine Lohnfortzahlung über die Sommerferien gewährleistet sein. In allen betroffenen Bundesländern muss durch entsprechende Stichtagsregelungen die Lohnfortzahlung in den Sommerferien zur Vermeidung sozialer Härten geregelt werden. Bei Kettenverträgen muss eine Entfristung bzw. dauerhafte Übernahme in den Schuldienst erfolgen, da nachweislich ein Bedarf festgestellt werden kann.

Der Königsweg sähe jedoch wie folgt aus:

Die Lehrereinstellung für ein neues Schuljahr geht von einer Abdeckung des Pflichtunterrichts aus, ist also bewusst 'auf Kante genäht'. Angesichts zu erwartender Ausfälle, zum Beispiel durch Krankheit, ist also bereits für den Herbst Unterrichtsausfall sozusagen eingeplant. Nur durch eine 115-

prozentige Lehrerversorgung kann hier Abhilfe geschaffen werden, denn selbstverständlich gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen Lehrerversorgung und Unterrichtsausfall.

Zu Beginn des Schuljahres könnten dank der kurzzeitigen Überversorgung Klassenteilungen vorgenommen werden, die angesichts von Herausforderungen wie zum Beispiel viel zu große Klassen (bis zu dreißig Schüler in der Klasse), Individualisierung, Inklusion, gestiegene Heterogenität, pädagogisch äußerst sinnvoll wären. Muss dann eine Lehrkraft plötzlich eine erkrankte Kollegin/einen erkrankten Kollegen vertreten, so kann die Klassenteilung aufgehoben werden. Eine Lehrerversorgung von 115 Prozent würde den Schulen das Maß an Flexibilität geben, das sie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und für sinnvolle pädagogische Maßnahmen nutzen könnten. Viele der derzeit befristeten Arbeitsverhältnisse von Vertretungslehrkräften könnten in unbefristete Arbeitsverhältnisse überführt werden, d.h. derzeit prekäre könnten in reguläre und sichere Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden.



Generation Elterngeld

Die Fortbildung 'Generation Elterngeld – Einfluss gesetzlicher Regelungen auf den Schulalltag', die von Claudia Grimm und Edelgard Jauch am 22. Oktober 2019 am Burg-Gymnasium in Schorndorf veranstaltet wurde, hat mit über zwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern guten Zuspruch erhalten. Es gab einen regen Austausch, der von großem Interesse und persönlicher Betroffenheit getragen war. Fragen konnten geklärt werden, aber die Klagen über die unzulängliche Vertretungssituation bei Elternzeit waren nicht zu überhören.

E.J.



LPVG-Schulung in Stuttgart

Im bis auf den letzten Platz voll besetzten Europasaal des Regierungspräsidiums Stuttgart nahmen 128 Personalräte an der ersten ÖPR-Schulung des Bezirks Nordwürttemberg am 30. September 2019 teil. Die zweite Schulung am 17. Oktober 2019 war ebenso ausgebucht. Dies zeigt, wie wichtig diese Schulungen, die die PhV-Fraktion des Bezirkspersonalrats durchgeführt hat, sind, damit die neuen und wiedergewählten örtlichen Personalräte ihre Aufgaben kenntnisreich und zum Wohle des Kollegiums wahrnehmen können. Eine dritte, wiederum inhaltsgleiche Schulung wird am 3. Februar 2020 angeboten. Hier gibt es noch freie Plätze, die über die PhV-Homepage online gebucht werden können.

E.J.

Thema aktuell

heute: DIE GRÜNEN

Stärkung der Demokratie und politischen Bildung in Schule und Unterricht

Unsere Demokratie gerät durch die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in jüngster Zeit zunehmend unter Druck. Insbesondere von populistischen Parteien werden die Strukturen und Verfahrensweisen angezweifelt und die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform immer mehr in Frage gestellt oder negiert. Angesichts wachsender demokratiefeindlicher und -skeptischer Einstellungen sowie zunehmendem Rechtsterrorismus, Islamismus und wachsendem Antisemitismus ist es wichtig, junge Menschen auf ihre Rolle und Verantwortung in der Gesellschaft vorzubereiten.

In Anbetracht dieser Herausforderungen gehört es zum Gebot der Stunde, Demokratiebildung und politische Bildung an unseren Schulen zu stärken. Im Koalitionsvertrag mit der CDU haben wir uns darauf verständigt, die aktive Teilhabe junger Menschen in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft zu fördern. Wir wollen dies dadurch sicherstellen, dass wichtige Inhalte der politischen Bildung in einem angemessenen Umfang und Tiefe in der Schule vermittelt werden.

Eine frühe politische Bildung aller Schülerinnen und Schüler ist für den Fortbestand und die Festigung unserer Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt von großer Bedeutung. Als Mikrokosmos der Gesellschaft ist die Schule der Ort, an dem Kinder und Jugendliche erstmals mit Demokratie in Berührung kommen und demokratische Werte, Grundhaltungen und Kompetenzen gefördert und eingeübt werden können. Dies wird auch ausdrücklich im Schulgesetz betont.

Aus dem aktuellen Bildungsplan leitet sich bereits in der Einführung ein konkreter Bildungsauftrag für die Schulen ab. Mit der Einführung der Drittelparität sind wir in der letzten Legislatur einen wichtigen Schritt gegangen. Die gleichberechtigte Beteiligung von Lehrkräften, Eltern und Schülern stärkt



von Sandra Boser,
MdB

das partnerschaftliche Zusammenwirken an den Schulen und erhöht zugleich die Legitimation von Entscheidungen. Mit der für alle Schularten geltenden Leitperspektive 'Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV)' haben wir außerdem einen Rahmen geschaffen, der Schule bewusst als Ort von Toleranz und Weltoffenheit versteht und den konstruktiven Umgang mit Vielfalt als grundlegende Schlüsselkompetenz für junge Menschen in einer zunehmend von Komplexität und Vielfalt geprägten modernen Gesellschaft in den Mittelpunkt rückt.

Dabei kommt der Medienkompetenz eine immer wichtigere Bedeutung zu, denn das Internet und insbesondere die sozialen Medien dienen für viele Jugendliche als wichtige Informationsquelle, wie die JiM-Studie bereits aufgezeigt hat. Damit Kinder und Jugendliche die Informationen im Internet, auch mit Blick auf Fake News, bewerten und damit umgehen können, braucht es eine pädagogische Begleitung.

Die Herausforderungen der Gegenwart zeigen deutlich, dass wir die politische Bildung an Schulen als Querschnitt weiter stärken und ausbauen müssen. Wir finden es wichtig und gut, dass das Kultusministerium gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung einen Leitfaden Demokratiebildung entwickelt hat, um die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer bei der Verankerung und Umsetzung dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen. Der Leitfaden stellt ein übergreifendes Konzept zur Stär-

kung der Demokratiebildung in Schule und Unterricht dar. Er bietet den Schulen und den Lehrkräften unabhängig von ihrer Schulart und den Unterrichtsfächern eine verlässliche Orientierung, weil er vielfältige Anregungen sowie Impulse für die konkrete Umsetzung von Demokratiebildung in verschiedenen Fächern und in der Schulkultur enthält.

Demokratiebildung muss auch in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung einen höheren Stellenwert bekommen. Nur Lehrerinnen und Lehrer mit den erforderlichen didaktisch-methodischen Kompetenzen sind in der Lage, die Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, sich mit der Gesellschaft kritisch auseinanderzusetzen, reflektiert Urteile bilden zu können und das Gemeinwesen verantwortlich mitzugestalten. Daher braucht es hier gute Fortbildungsangebote, die die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen, den Leitfaden erfolgreich im Unterricht umzusetzen. Es müssten ebenso Unterrichtsmaterialien entwickelt und zur Verfügung gestellt werden, die den Lehrerinnen und Lehrern die Umsetzung des Leitfadens in der schulischen Praxis erleichtern.

Mit der Landeszentrale für politische Bildung haben wir ein außerschulisches Angebot, auf das Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer zurückgreifen können, um politische Bildung erfahrbar zu machen. Dazu zählen Fahrten und Kontakte zu Gedenkstätten genauso wie politische Planspiele, bei denen Schülerinnen und Schüler demokratische Abläufe selbst erfahren und gestalten können.

In der politischen Bildung steckt eine große Chance, unsere Demokratie dauerhaft zu stärken und Strömungen, die dem entgegenstehen wollen, etwas entgegenzusetzen. Daher sollte es ein gemeinsames Ziel sein, diese Möglichkeiten zu nutzen und Kindern und Jugendlichen den Wert einer demokratischen Gesellschaft von Beginn an aufzuzeigen.

>> Engagierte Podiumsdiskussion
beim 'Elternabend'



Gute Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule

Eindrücke aus der Veranstaltungsreihe 'Elternabend'
mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann am 9. Oktober 2019
in Bad Cannstatt

Als Vertreterin des Philologenverbands Baden-Württemberg besuchte ich den dritten 'Elternabend' aus der Veranstaltungsreihe des Kultusministeriums, die von Dr. Susanne Eisenmann initiiert wurde, um den persönlichen Kontakt zu den Eltern zu fördern. Im Fokus stand diesmal das Thema 'Gute Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule', denn dies ist eine wichtige Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen.

Nach einer kurzen Einführungsrede durch Dr. Eisenmann folgte zur Einstimmung zunächst ein Auftritt von Christoph Sonntag, der in seiner kabarettistisch überzeichnenden Art in einem humoristischen 'Bericht' die Freuden und Leiden eines Waldorfschülervaters zum Besten gab. Er spannte einen Bogen von der Pflicht zum eigenhändigen Dinkelbrötchen-Backen (die er aus dem Backshop holt, denn – ganz Schwabe : »Da sind sie am billigsten«) bis zur Feststellung, dass das Kind in der vierten Klasse noch immer nicht wirklich des Schreibens und Lesens mächtig ist.

Auf dem Podium stellten sich dann die Diskussionsteilnehmer vor. Diese Runde bestand aus Elternvertretern, einer Schulleitung, einer Vertreterin der 'Elternstiftung Baden-Württemberg', Christoph Sonntag und Susanne Eisenmann. Nach kurzen Statements

hatte nun die Zuhörerschaft die Möglichkeit, Fragen ans Podium zu stellen. Viele Themen wurden angesprochen: Unterrichtsausfall schon jetzt zu Beginn des Schuljahres, Lehrermangel in bestimmten Bereichen, Eltern-taxis bis vor die Schultür, Einbindung von bildungsfernen Elternhäusern in den Bildungsweg ihrer Kinder, Arbeitslosigkeit befristeter Lehrkräfte in den Sommerferien, gebundener Ganztags am Gymnasium, WhatsApp als Kommunikationsplattform zwischen Eltern und Lehrern, schwieriges Sozialverhalten von einzelnen Schülerinnen und Schülern, die oft allzu heterogene Zusammensetzung von Klassen, fehlende Sonderpädagogen bei Schülern mit speziellem Förderbedarf, hochbegabte Schüler, die sich im Unterricht langweilen, Klassenteiler und vieles mehr. Durch die verschiedenartigen Fragen bekamen die Ministerin und ihre Mitarbeiter einen eindrucksvollen Einblick in die Probleme an der Basis und in die aktuelle Schulwirklichkeit. Aber es gab immer wieder auch explizit lobende Worte für die Arbeit in der Schulpolitik und in den Schulen, über die sich die Akteure freuen durften.

Der Abend endete mit einem kleinen Stehempfang, bei dem in guter Atmosphäre noch weitere Gelegenheit zu Erfahrungsaustausch und Gesprächen geboten war. **Karin Fetzner**

DKMSx
WIR BESIEGEN BLUTKREBS

MUND AUF.
STÄBCHEN REIN.
SPENDER SEIN.

Werde
Stammzellspender
und registrier' Dich

SPENDER WERDEN



Übergänge

60. Internationales Bodenseetreffen der Lehrkräfte Höherer Schulen aus Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz am 21. und 22. September 2019 in St. Gallen

Beim traditionellen Bodenseetreffen der Gymnasiallehrkräfte aus den Bodensee-Anrainerländern trafen sich rund achtzig Lehrerinnen und Lehrer aus der Schweiz, Österreich, Liechtenstein, Bayern und Baden-Württemberg in der Kantonsschule am Burggraben in St. Gallen. Unter dem Motto 'Übergänge' nahm das Treffen den Schritt von der Schule ins weitere Leben in den Blick. Der Fokus lag dabei auf dem Ziel der gymnasialen Bildung im Spannungsfeld der vielen verschiedenartigen (An-)Forderungen, die an die Abiturienten von Hochschule, Wirtschaft und Gesellschaft gestellt werden. Zu dieser Fragestellung gab es an beiden Tagen jeweils einen umfangreichen Vortrag mit anschließender Diskussion.

Am 21. September war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst aber noch eine einmalige Möglichkeit geboten: Wer Lust dazu hatte, konnte ab dem späten Vormittag in den OLMA-Messehallen am 'Bildungstag Sekundarstufe II' des Kantons St. Gallen teilnehmen, einer Fortbildung, die für die Schweizer 'Lehrpersonen der Sekundarstufe II' verpflichtend war (samstags!). Ab 11:00 Uhr sprach dort zunächst Stefan Kölliker, Regierungsrat und Vorsteher des kantonalen Bildungsdepartements, über Strategien und Ziele des Unterrichts in der Sekundarstufe II, darauf folgten Beiträge von Schülerinnen und Schülern und eine Podiumsdiskussion.



>> Die Vertreter des Philologenverbands Baden-Württemberg auf dem Bodenseetreffen

Den Höhepunkt stellte die Präsentation 'Potenzialentfaltung – was Kindern und Jugendlichen einen glücklichen Berufs- und Lebensweg ermöglicht' von Steffen Kirchner dar, einem Motivationsexperten und Coach, der in seinem Auftritt mit abwechslungsreichen Methoden die Aufmerksamkeit der Zuhörerschaft auf sich zog. Der frühere Hochleistungssportler und Manager setzt Impulse, bringt zum Nachdenken und Mitmachen und kann auch von Schulen im deutschsprachigen Raum gebucht werden.

Am Nachmittag begann dann in der Kantonsschule das eigentliche Bodenseetreffen. Der Impulsvortrag von Prof. Dr. em. Walter Herzog, Erziehungswissenschaftler an der Uni Bern, unter der Überschrift 'Gymnasiale Bildung – Mittel oder Zweck oder Mittel zum Zweck?' beleuchtete die Aufgabe, die das Gymnasium leisten sollte: »Junge Menschen befähigen, sich in einer komplexen, dynamischen und zukunftsorientierten Gesellschaft orientieren zu können und ihren eigenen, persönlich befriedigenden Lebensweg zu finden«. Es folgte eine angeregte Diskussion im Plenum.

Daran anschließend wurden als kulturelles Rahmenprogramm verschiedene Optionen angeboten, wahlweise eine musikalische Vesper im Dom oder Stadtführungen, die von Geographie-Kolleginnen aus der Umgebung von St. Gallen sehr individuell und eindrucksvoll gestaltet wurden.

Das traditionelle gemeinsame Abendessen in der Mensa der Kantonsschule war ein kulinarischer Genuss, und der Gedankenaustausch über die Ländergrenzen hinweg – wie immer ein zentraler Programmpunkt des Bodenseetreffens – bot viele bereichernde Einblicke in die sehr unterschiedlichen schulischen Situationen in den befreundeten Ländern.

Am 22. September folgte der Festvortrag von Prof. Dr. Peter Strasser

>> Andreas Egli
sorgte für
eine gelungene
Organisation



>> Ralf Scholl,
Vorsitzender des
PhV BW, meldet
sich zu Wort



von der Karl-Franzens-Universität Graz mit dem Titel 'Non vitae sed scholae discimus – Über die innerschulische Anpassung an den bürokratischen Prozess'. Kurz zusammengefasst: Persönlichkeitsbildung sichert die Grundlagen unserer Gesellschaft, sichert eine demokratische Grundeinstellung und Offenheit, darum solle die gymnasiale Bildung sich an dem Wissen, an den Fächern und Inhalten orientieren, die die Basis unserer Kultur sind. Auf diesem Fundament können die Kinder und Jugendlichen befähigt werden, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen, deren Probleme wir heute noch gar nicht wissen können. Auch hier entwickelte sich ein interessanter Meinungsaustausch unter den Zuhörern.

Mit herzlichem Dank an die Schweizer Kollegen für ihren großen Einsatz im Vorfeld der Tagung endete das diesjährige Treffen – und mit dem Ausblick auf das kommende Jahr: Am 26. und 27. September 2020 werden in der Stadthalle in Singen am Hohentwiel sechzig Jahre Bodenseetreffen gefeiert. Ausrichter und Organisator wird dann der Philologenverband Baden-Württemberg sein.

(Weitere Informationen zum Bodenseetreffen unter www.bodenseetreffen.eu)

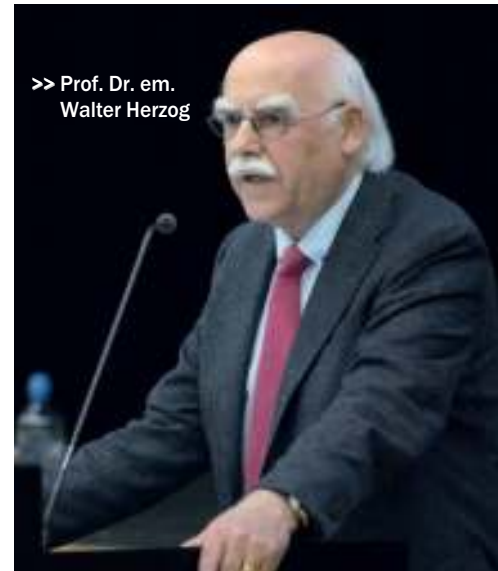
Karin Fetzner

Bericht über den Vortrag von Prof. em. Dr. Walter Herzog:

'Gymnasiale Bildung - Mittel oder Zweck oder Mittel zum Zweck'

Professor Herzog führt in seinen Vortrag mittels eines kurzen Abrisses über die Entwicklung der internationalen und europäischen Vergleiche an Schulen ein. Dabei zeigt er auf, dass erst mit Beginn der 1990er Jahre eine intensive Zeit der Vergleiche begann. Zu den bekanntesten Vergleichsstudien gehöre PISA, die intensive Folgen für die Bildungslandschaft in der Schweiz, in Österreich und Deutschland habe.

Der Redner erklärt, dass es aufgrund der Vergleiche eine Verschiebung der pädagogischen Aufmerksamkeit gebe. Das Ziel der Vergleiche sehe er darin, dass vor allem die Schulen als Lerninstitutionen innerhalb der Vergleichspartner gut abschneiden wollten. Im Gegensatz dazu gehe es bei PISA jedoch um die Lernleistungen der Schüler und eben nicht um die Schulen, die geprüft würden. Hier werde seiner Meinung nach das Problem der Vergleichbarkeit bei diesen Studien deutlich. Die pädagogische Aufmerksamkeit verschiebe sich laut Herzog bei den TIMMS- und PISA-Studien in Richtung der Lehrkräfte, die für die Lernleistungen der Schüler verantwortlich gemacht würden. In diesem Zusammenhang werde das Unterrichten zu einem zweckrationalen Handeln, bei dem Bildung nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sei. Gymnasiale Bildung werde, so erklärt Prof. Herzog, zur Zukunftsinitiative mit Erwartung einer Bildungsrendite. Er betont, dass auf diese Weise die Bildung am Gymnasium auf ihre instrumentelle Funktion für sozialen Aufstieg und Status reduziert werde. Dabei gehe jedoch die Funktion der Bildung nach dem Humboldtschen Ideal stark zurück.



>> Prof. Dr. em. Walter Herzog

Ein ähnliches Problem zeige sich, so Herzog, im Zusammenspiel von Gymnasium und Universität. Das einstige homogene System von Gymnasium und Universität, das in der Schweiz laut seiner Einschätzung wie ein Bildungsgang gesehen wurde, ändere sich hauptsächlich aufgrund des Wandels der Wissenschaft in der Forschungsweise und der Anpassung der universitären Lehre an die Bedürfnisse der Forschung. Dabei gebe es heute keine klaren Beziehungen mehr zwischen den gymnasialen Fächern und den universitären Disziplinen, so Herzog. Die Universitäten hätten sich seiner Meinung nach von den Gymnasien weg bewegt und damit sei auch das Engagement für die Ausbildung der Gymnasiallehrkräfte inzwischen rückläufig.

Schlussendlich wendet sich der Sprecher entschieden dagegen, das Gymnasium als Mittel zum Zweck zu verwenden, politische Bedürfnisse zu befriedigen oder sogar als Instrumentalisierung für diese zu nutzen.

Evelyn Kapahnke



Gymnasium
BADEN-WÜRTTEMBERG

Anzeigenannahme unter
02 11 / 355 81 04 oder
dassow@dphv-verlag.de

»Non vitae sed scholae discimus«

Bewusst verfremdete Prof. Dr. Peter Strasser von der Karl-Franzens-Universität Graz für seinen Festvortrag diesen bekannten lateinischen Spruch im Titel seines Vortrags, den er als Höhepunkt des zweiten Tags des Bodenseetreffens hielt. Ausgehend von Österreich beleuchtete er dabei kritisch die innerschulische Anpassung an den bürokratischen Prozess in den letzten Jahrzehnten. Unschwer konnte die Zuhörerschaft erkennen, dass die Kernaussagen seines Vortrags auch für die anderen Bodenseeanrainerstaaten Gültigkeit haben.

Er begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass Schule in der heutigen Pädagogik nicht mehr als Lernbetrieb, sondern als Raum zum Erwerb von Kompetenzen gesehen werde. War in früheren Jahrzehnten der Wissenserwerb der Hauptbildungsauftrag der Schule, wird dies von modernen Reformpädagogen als Erwerb nutzlosen Wissens abgestempelt. Strasser jedoch mahnte, dass Bildung und Menschsein untrennbar zusammengehören.

Im Hinblick auf die Universitäten, auf die unsere Gymnasien vorbereiten, ging er zunächst auf den Beamtenstatus ein, der den Lehrenden eine autonome Unabhängigkeit ermögliche. Der Beruf des Hochschullehrers müsse als Berufung verstanden werden, die Lehrenden an den Hochschulen unterstünde einer Objektivitätspflicht.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte sei jedoch gekennzeichnet durch eine Autonomisierung der Hochschulen. Die Folge sei, dass die Hochschulen wie Unternehmen geführt würden. Drittmittelfinanzierungen bestimmten Forschungsgegenstände und unterhöhlten die Freiheit der Forschung. Negativ wirke sich auch eine Gleichschaltung der Forschung aufgrund von EU-Normen aus. Insbesondere in den Geisteswissenschaften dominiere inzwischen eine normierte Sprache die Publikationen. Schreibstile, wie man sie etwa bei dem Philosophen Martin Heidegger finde, seien heute nicht mehr denkbar.

Mit Blick auf das Gymnasium kritisierte er die Priorisierung des Kompetenzerwerbs in den heutigen Bildungsplänen. Kompetenzen generierten keine ethischen Fähigkeiten. Kompetenzer-

werb verhindere vielmehr die Bildung einer eigenen individuellen Persönlichkeit. Strasser kennzeichnet die Bildung der eigenen Persönlichkeit als Ziel schulischer Bildung. Gerade die Förderung der individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler mache den Beruf des Lehrers zur Berufung.

Konkret bemängelte Strasser die Vernachlässigung der Klassiker in den heutigen Bildungsplänen. Der Einfluss des Internets auf unsere Sprachkultur führe zu einer Vereinfachung unserer Sprache. Vor diesem Hintergrund sei es Aufgabe der Schule und insbesondere des Gymnasiums, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, auch komplexe Sprachstrukturen zu verstehen und selbst komplexere Sprachstrukturen anwenden zu können.

Kritisch reflektierte Strasser den erweisen Zusammenhang zwischen Einkommen der Eltern und Lernerfolg. Er forderte daher nicht nur, dass an den Schulen und hier besonders auch an den Gymnasien Chancengleichheit herrsche, sondern darüber hinaus ist es für ihn ein Bildungsprimat, den Schülerinnen und Schülern das Ziel der Chancengleichheit in der Gesellschaft zu vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler müssten auch erkennen, dass Schulerfolg nicht naturgegeben sei. Erziehung müsse von der Utopie der 'Menschheit als Solidargemeinschaft' geleitet werden.

Strasser plädierte für eine Erziehung zum kritischen Staatsbürger. Schüler müssten zu einem Diskurs zwischen der eigenen Meinung und der Meinung von Anderen mit dem Ziel der Wahrheitsfindung befähigt werden und nicht mit dem Ziel der Durchsetzung eigener In-



ZUR PERSON

Prof. Dr. Peter Strasser

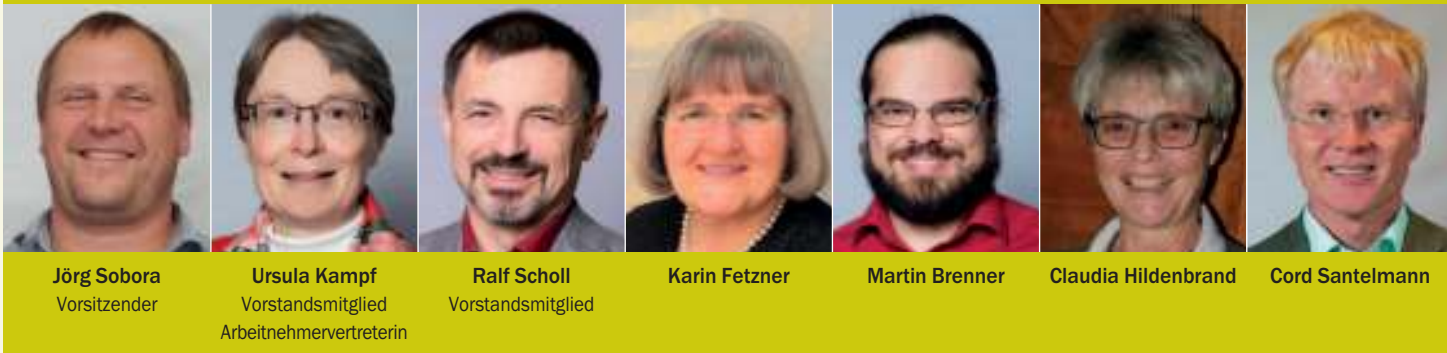
- Studium der Germanistik und Philosophie
- 1980 Habilitation im Fach Philosophie
- Universitätsprofessor am Institut für Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie und Rechtsinformatik der Karl-Franzens-Universität Graz
- Seit 2015 im offiziellen Ruhestand aber weiterhin im Lehrbetrieb der Universität tätig
- Gefragter Gastredner bei verschiedenen Institutionen
- Erhielt 2014 den Österreichischen Staatspreis für Kulturpublizistik

teressen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Forderung von Kant, man dürfe Menschen nicht als Mittel und Zweck für eigene Interessen benutzen. Ein humanes, individuelles Menschenbild vor dem Hintergrund solcher Ideale, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Solidaritätsprinzips, habe nach Strasser absolute Priorität im Vergleich zum Erwerb von Detailkenntnissen etwa der Informationstechnologie oder wirtschaftlicher Zusammenhänge.

Zum Abschluss ließ Strasser seine Zuhörer anhand der Anekdote eines im Sinne des Kompetenzerwerbs 'idealen' Menschen schmunzeln, der sich wundere und beklage, dass er trotz besserer Abschlüsse keine Anstellung findet. Woran es wohl liegt? Dem aufmerksamen Zuhörer des Vortrags war dies durchaus offensichtlich. Da die Mehrzahl der Zuhörerschaft begeistert war, wurde der erhellende Vortrag mit viel Applaus belohnt und es schloss sich noch ein reger Gedankenaustausch über das Gehörte an.

Helmut Hauser

Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien



Korrekturzeiträume beim schriftlichen Abitur (ab 2020)

Den Hauptpersonalrat Gymnasien erreichen in letzter Zeit vermehrt Protestbriefe von Deutschfachschaften, Personalversammlungen und Örtlichen Personalräten, die die besonders kurzen Korrekturzeiträume ab dem Abitur 2020, insbesondere für das Fach Deutsch, kritisieren und den Hauptpersonalrat bitten, sich für eine Verbesserung einzusetzen.

Dies macht der Hauptpersonalrat bereits seit 2017/2018, als erstmalig mit der Teilnahme Baden-Württembergs am gemeinsamen Aufgabenpool des IQB die kürzeren Korrekturzeiträume auftraten. So hat der Hauptpersonalrat Gymnasien ein Beschlussverfahren angestrengt, um bei der Festlegung der Abi-

turumschlagtermine beteiligt zu werden. Dieses Verfahren ist noch beim Verwaltungsgericht Stuttgart anhängig. In Gesprächen und mit schriftlichen Äußerungen gegenüber der Amtsleitung hat der Hauptpersonalrat Gymnasien wiederholt gebeten, die Anzahl der zur Verfügung stehenden Korrekturtage zu erhöhen und außerdem auch auf andere Art und Weise Entlastungen der Kolleginnen und Kollegen in der Korrekturphase zu gewähren. Leider sind bis jetzt noch keine konkreten Angebote vom Kultusministerium gekommen. Nur eins ist sicher. Baden-Württemberg wird auf keinen Fall, so wie vom Hauptpersonalrat Gymnasien wiederholt gefordert, aus dem



gemeinsamen Aufgabenpool aussteigen. Kolleginnen und Kollegen, die ihrem Unmut über die viel zu kurze Korrekturzeit (vor allem im Fach Deutsch beim Abitur 2020) Ausdruck verleihen möch-

ten, sollten sich mit anderen Lehrkräften ihres Fachs zusammenschließen und dann auf dem Dienstweg in Schreiben an das jeweilige Regierungspräsidium bzw. das Kultusministerium um Abhilfe bitten.

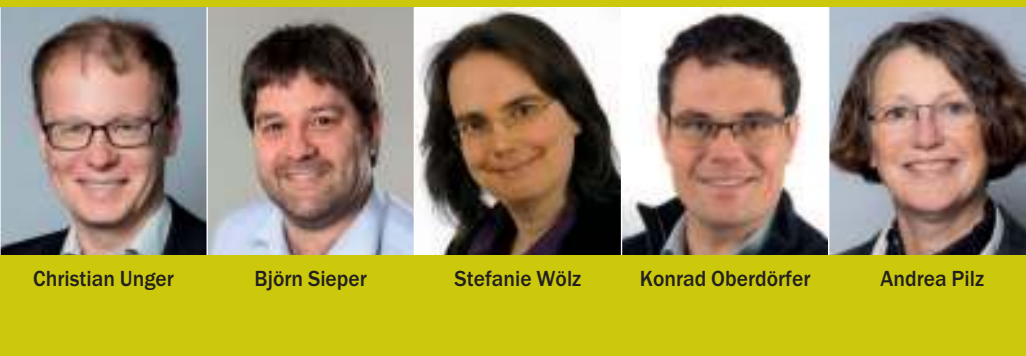
Reisekosten der Lehrkräfte bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Auch hier gibt es noch nicht viel Neues zu berichten. Das Kultusministerium arbeitet weiter an der neuen Version der Verwaltungsvorschrift 'Außerunterrichtliche Veranstaltungen'. Wann mit einem ersten Entwurf zu rechnen ist, kann das Kultusministerium nicht genau sagen. Der Hauptpersonalrat Gymnasien rät deshalb allen Betroffenen, die nach derzeit

geltender Rechtslage für ihre Übernachtungskosten nur eine gekürzte Pauschale pro Tag zugestanden bekommen, unbedingt innerhalb der vierwöchigen Frist schriftlich Widerspruch gegen ihren Bescheid einzulegen. Das Kultusministerium hat versichert, dass die Betroffenen dann in einem Schreiben das Ruhen des Verfahrens bestätigt bekommen, so

dass keine Ansprüche auf höhere Erstattungen für Übernachtungen auf Grund zu erwartender höherer Mehraufwandspauschalen verfallen dürften. Ob auch schulische Austausch von der neuen Verwaltungsvorschrift erfasst werden, ist im Moment noch unklar. Der Hauptpersonalrat Gymnasien hat dies aber mehrfach ange- mahnt.

beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim KM



Christian Unger

Björn Sieper

Stefanie Wölz

Konrad Oberdörfer

Andrea Pilz

Die PhV-Fraktion im HPR



Das neue Lehrerfortbildung-Online-System (LFBO neu)

Seit August dieses Jahres ist das neue System für die Verwaltung von Lehrkräftefortbildungen in Baden-Württemberg in Betrieb. Ursprünglich sollte das System zu einer Vereinfachung und mehr Komfort auf allen Seiten (Lehrkräfte, Lehrgangsleitungen, Verwaltung) führen. Leider gab es durch die Umstellung des Systems und die neuen Verantwortlichkeiten für Lehrkräftefortbildungen beim Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und beim Institut für Bildungsanalysen (IBBW) etliche Anfangsschwierigkeiten. Lehrkräfte wurden zu spät und zum Teil unzureichend über die Neuerungen informiert. Außerdem funktionierte das System streckenweise gar nicht. Alle Lehrkräfte müssen sich neu im neuen System registrieren, wenn sie sich für eine Fortbildung anmelden möchten. Wenn sie ihr Interesse an einer konkreten Veranstaltung bekundet haben, werden im Anschluss in einem digitalen Workflow die Schulleitung, der Örtliche Personalrat und gegebenenfalls der Hauptpersonalrat beteiligt. Der Hauptpersonalrat Gymnasien kann allen Lehrkräften nur raten, sich nicht durch die anfänglichen Schwierigkeiten von einer regen Nutzung des neuen Systems abschrecken zu lassen. Auch an der Bedienerfreundlichkeit wird nach Beseitigung der großen Anfangsschwierigkeiten weiter gearbeitet. Örtliche Personalräte sollten überprüfen, ob sie als solche durch ihre Schulleitungen im System angelegt wurden, damit sie ihrer Aufgabe der Mitbestimmung bei schulinternen Teilnehmerauswahlen nachkommen können.

Geplante Rahmendienstvereinbarung zwischen dem ZSL und den HPR/HVP zu Fortbildungen

Der Hauptpersonalrat Gymnasien strebt, wie die anderen Hauptpersonalräte auch, eine Rahmendienstvereinbarung mit dem ZSL an, um Kriterien zu vereinbaren, unter denen zukünftig Fortbildungen geplant, ausgeschrieben und durchgeführt werden können. Der Hauptpersonalrat Gymnasien ist seit Errichtung des ZSL für die Mitbestimmung in Fortbildungsangelegenheiten gymnasialer Lehrkräfte zuständig. Dies betrifft neue Fortbildungskonzeptionen, Orte und Zeiten und die eventuell notwendige Teilnehmerauswahl. Da das ZSL plant, größere Änderungen bei den Fortbildungen zu erarbeiten, scheint es dem Hauptpersonalrat Gymnasien geboten, sich und die Vorstellungen der Lehrkräfte über qualitätsvolle, gewinnbringende Fortbildungen, die im Alltag gut angewandt werden können und jeweils auch eine große persönliche Bereicherung in fachwissenschaftlicher Hinsicht darstellen, von Anfang an einzubringen.

Der Hauptpersonalrat Gymnasien achtet momentan vor allem darauf, dass die allgemein gültigen Zeiten von 9:00 bis 17:00 Uhr nur in Ausnahmefällen überschritten werden, dass Materialien und Medien im Regelfall gestellt werden und bei mehrtägigen Fortbildungen maximal 35 Prozent in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden, so wie es bereits im Jahre 2000 in einem Einigungsstellenbeschluss festgestellt wurde.

Stellenwirksame Änderungswünsche, Versetzungsgesuche und Ländertausch

Der Hauptpersonalrat Gymnasien rät Lehrkräften auch in diesem Jahr, den Termin für stellenwirksame Änderungswünsche (1. Schultag nach den Weihnachtsferien) fest im Blick zu haben, wenn sie bei Teilzeit weniger oder mehr Stunden planen, eine Versetzung beantragen oder über den

Ländertausch in ein anderes Bundesland wechseln wollen. Der Hauptpersonalrat berät und unterstützt gerne. Lehrkräfte sollten beachten, dass sie bei bezirksübergreifenden Versetzungen den jeweils abgebenden Bezirkspersonalrat um Unterstützung bitten sollten. Dieser kann versuchen, bei ei-

ner Freigabe behilflich zu sein. Auch der Bezirkspersonalrat des aufnehmenden Bezirks sollte um Unterstützung gebeten werden. Dieser kann bei der Suche nach einer aufnehmenden Schule behilflich sein.

Jörg Sobora

Volles Programm am 17. und 18. Oktober 2019 im Kloster Untermarchtal:

»Ich mache auch keine Jubelschreie, wenn der Beitrag wieder abgebucht wurde«

Thorsten Söffner animierte die Schulvertreterinnen und Schulvertreter zur Mitgliedergewinnung

Die 42. Schulvertreterversammlung im Bezirk Südwestfalen konnte mit hochkarätigen Referenten aufwarten: Vom Regierungspräsidium Tübingen waren gleich vier Gäste der Einladung des Philologenverbandes Baden-Württemberg gefolgt und von den Badischen Versicherungen BGV konnte Thorsten Söffner für einen Vortrag zum Thema 'Mitgliedergewinnung und Mitgliederaktivierung' gewonnen werden. Dabei erhielten die Anwesenden nicht nur eine Reihe von Tipps, was für ein erfolgreiches Werben zu beachten ist, sondern sie wurden von der Begeisterung Söffners geradezu angesteckt und animiert, das Gehörte möglichst bald selbst auszuprobieren. Wie schon in den vergangenen Jahren wurden diese externen Referenten eingerahmt von verbandsinternen Berichten aus den verschiedenen Gremien der Stufenvertretungen und des Philologenverbandes auf Bezirks- und Landesebene.

In diesem Jahr begann die Tagung mit **Ellen Butzko**, der Leiterin des Referats 75 allgemeinbildende Gymnasien am Regierungspräsidium Tübingen. Nach dem Ausscheiden des Amtsinhabers Reichenmiller wurde die Stelle der Referatsleitung bisher nicht neu besetzt, daher hat Ellen Butzko das Amt kommissarisch übernommen. Nach ihrem Bericht über die aktuelle Situation in der Schulverwaltung stand sie für eine längere Aussprache zur Verfügung. Das Ziel des Umbaus der Schulverwaltung sei, dass langfristig der in Vergleichsstudien festgestellte Abwärtstrend bei den

Schülerleistungen in einen positiven Trend überführt werde, begründete Butzko die einschneidenden Veränderungen. Die wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Schülerleistungen hätten das intransparente und komplexe System von Aus- und Fortbildungen als eine Ursache der Verschlechterung eruiert. Bis die neugegründeten Institute voll arbeitsfähig seien, müsse man allerdings noch Geduld haben. Prof. Trautwein habe in diesem Zusammenhang von einem Zeitraum von fünf Jahren gesprochen, bis die neue Verwaltungsstruktur komplett stehe. Zwei Neuerungen stießen bei den Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern auf besonderes Interesse: Das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) entwickle einen einheitlichen Beobachtungsbogen, der bei jeder Art von Unterrichtsbeurteilung vom Schulpraktikum bis zur Schulleitungsbewerbung angewendet werden solle, und im Auftrag der Ministerin erstelle das Institut für jede Schule ein Datenblatt, mit dem die Qualität der Schule beurteilt werden könne. Letzteres be-

finde sich aber noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Auf Basis dieses Datenblatts solle dann die Schulaufsicht Zielvereinbarungen mit den Schulen treffen. Butzko warnte aber gleichzeitig davor, die Schulentwicklung allein auf die Auswertung von Daten durch die Schulverwaltung zu stützen. **Bernd Saur**, Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg, gab zu bedenken, dass ein Beobachtungsbogen zugleich auch normativ und direktiv sei. Wir müssten im Verband gut darauf achten, dass die Beurteilung ergebnisorientiert bleibe.

Erfreuliches konnte die Personalreferentin **Petra Rauch** von der Unterrichtsversorgung im Regierungspräsidium Tübingen berichten. Diese sei recht gut, auch wenn das aktuell eine grobe Einschätzung sei, da die endgültigen Zahlen der Herbststatistik noch nicht vorlägen. Zufrieden zeigte sie sich auch mit den Versetzungen, eine relativ hohe Quote von Anträgen habe erfüllt werden können. Zwei unterschiedliche Schief lagen bereiteten ihr allerdings große Sorgen. Zum einen wirkten sich unterschiedliche Einstellungschancen der letzten Jahre zwischen den Regierungspräsidien jetzt sehr negativ auf die Versetzungsstatistik und auf die Beförderungschancen aus, zum anderen sei die extrem unterschiedliche Versorgung in verschiedenen Fächern kaum korrigierbar und werde sich in den kommenden Jahren durch Rückkehrer aus dem beruflichen und dem Grundschulbereich weiter verschärfen.

Der PhV-Landesvorsitzende **Ralf Scholl** sprach neben verbandsinternen Themen insbesondere die neue Oberstufe an den beruflichen Gymnasien als bildungspolitische Thematik an. Scholl beklagte, die Schüler dort wür-

>> Ellen Butzko,
Leiterin des
Referats 75
am RP Tübingen



>> Interessierte Zuhörer bei der Schulvertreterversammlung



den nur zwei Leistungskurse haben, einer fünfstündig und einer sechsstündig. Man werde die Abiturprüfung sogar ohne Mathematik ablegen können, wenn man eine Naturwissenschaft wähle. Der Philologenverband solle sich dringend einmischen, bevor die Anhörungsphase der neuen Bildungspläne zu Ende gehe. Es seien Mitstreiter gesucht, die sich die Entwürfe ganz genau anschauen, die Unterschiede zu allgemeinbildenden Gymnasien herausarbeiten und Positionen des Verbandes dazu entwickeln sollten. Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Gymnasien könnten seiner Ansicht nach vor Gericht klagen, dass sie gegenüber den beruflichen Gymnasien im Wettbewerb um Studienplätze zum Beispiel in Medizin benachteiligt seien.

Diesen und alle weiteren, sehr informativen Berichte aus den Gremien können Interessierte jederzeit einem ausführlichen Tagungsprotokoll entnehmen, das allen Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern zugestellt

wird und über den Bezirksvorsitzenden und Organisator der Tagung, **Cord Santelmann**, angefordert werden kann.

Die beiden neuen Abiturreferenten des Regierungspräsidium Tübingen haben ihre Zuständigkeiten wie folgt aufgeteilt: **Dr. Christian Langmann** ist für die Organisation der Prüfungen zuständig, **Dr. Dennis Hannemann** für die Oberstufenberatung, den Nachteilsausgleich und Widersprüche. Sie stellten nicht nur sich selbst dem Gremium vor, sondern berichteten auch von den anstehenden Neuerungen, und wie möglicherweise auftretende Probleme gelöst werden sollen. Ihr Vortrag zeigte aber auch, dass es für eine Reihe von Fragen derzeit noch keine Antwort gibt, zum Beispiel was die Anerkennung von 'gesellschaftlichem Engagement in Gremien' als 'besondere Lernleistung' oder Detailfragen zur Kombiprüfung Geographie/Gemeinschaftskunde angeht. Auch die Form der sicheren Zustellung der Aufgaben für die mündlichen Prüfungen an die Fachvorsitzenden

eine Woche vor dem Prüfungstermin sei noch ungeklärt. Das Aushandeln einer Obergrenze für die Anzahl mündlicher Prüfungen pro Lehrkraft und Tag sahen sie als Aufgabe für den Hauptpersonalrat an.

Wer erfolgreich Versicherungen verkauft, kann sicher auch den PhV-Mitgliedern aufzeigen, wie sie wiederum den Philologenverband Baden-Württemberg bestmöglich darstellen und neue Mitglieder gewinnen können. Das dachte sich Cord Santelmann, als er **Thorsten Söffner** für die Tagung als Referenten engagierte, und er sollte Recht behalten. Der besondere Reiz des Vortrags ging von der Praxisnähe aus und den vielen konkreten Beispielen zur Gesprächsführung in einem solchen Werbegespräch. Der Werber brauche zunächst eine klare Zielsetzung, zum Beispiel: »Von zehn Kandidaten will ich in den nächsten vier Monaten drei für den Philologenverband gewinnen«, begann Söffner. Die Haltung »Ich probiere es mal« bringe wenig Erfolg. Das Selbstbewusstsein des Werbers, dass der Philologenverband Baden-Württemberg eine wichtige, gute und sinnvolle Sache sei, sei eine wichtige Voraussetzung. Daher solle man sich zunächst selbst beantworten, warum man Mitglied ist und warum man einst Mitglied geworden ist, um mit voller Überzeugung im Gespräch wirken zu können.

Von den im Vortrag genannten Techniken seien hier beispielhaft zwei wiedergegeben: Ein erfolgreicher Werber erzeuge Emotionen beim Gegenüber, zum Beispiel: »Wir sind eine starke Gemeinschaft, ein Netzwerk von rund 9000 Leuten« oder »Ich wür-

>> Dr. Christian Langmann, Abiturreferent am RP Tübingen



>> Dr. Dennis Hannemann, Abiturreferent am RP Tübingen



>> Thorsten Söffner animiert zur Mitgliedergewinnung



Schulvertreterversammlung



>> Jörg Sobora, Vorsitzender des HPR

de jederzeit wieder Mitglied werden, weil ich so von dem Seminar/jenen Informationen/den Kontakten profitiert habe«. Eine gute Technik sei auch, Fragen zu stellen: »Was ist Dir wichtig, wofür sollte sich der Verband einsetzen?« und auf die Argumente des Gegenübers einzugehen, seine Meinung einzuholen: »Was spricht Deiner Meinung nach gegen eine Mitgliedschaft?« »An was genau hast Du kein Interesse?« »Welche Alternativen gibt es, um unsere Interessen durchzusetzen?« »Was wäre heute anders, wenn es den Philologenverband nicht gäbe?« Fragen zu stellen und abzuwarten sei erfolgreicher als das Zuquatschen des Gegenübers.

Und wenn dann das übliche Geld-Argument komme, könnte man Gegenfragen stellen: »Wieso ist es für Dich zu teuer? Im Verhältnis zu was?« »Gibt es etwas, was Dir das Geld wert wäre?« »Ich mache auch keine Jubelschreie, wenn der Beitrag wieder abgebucht wurde.« Söffner zeigte sich überzeugt, dass sich, wenn es nichts kostete, über neunzig Prozent einem Berufsverband oder einer Gewerkschaft anschließen.

Das Fazit des Vortrags, der den Teilnehmern ebenfalls digital zur Verfügung gestellt wurde, ist ein Aufruf an uns alle, im Interesse unseres Berufs, im Interesse der gymnasialen Bildung und ganz besonders im Interesse unserer Kinder und jeder weiteren zukünftigen Generation: Wir sollten alle mithelfen, den Philologenverband zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen. Und dieses Projekt nicht auf die lange Bank schieben, sondern morgen damit anfangen!

Andreas Müller,
Schriftführer Südwürttemberg

Der Philologenverband trifft ...



Vertreter des Philologenverbands Baden-Württemberg trafen sich am 25. September 2019 zu einem konstruktiven Austausch mit der FDP/DVP-Fraktion des Landtags in Stuttgart.



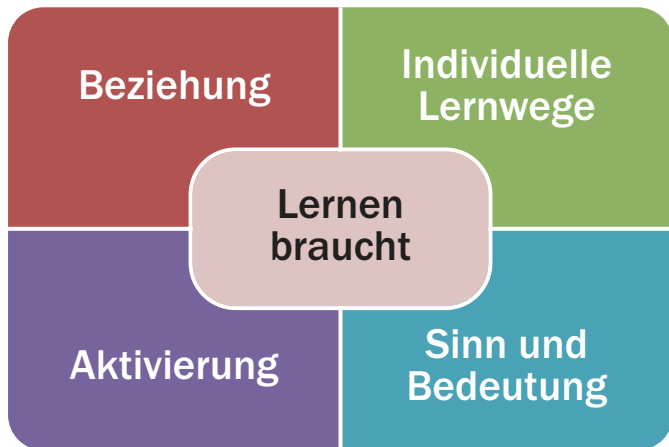
Zum turnusmäßigen und wie immer sehr konstruktiven Austausch trafen sich Vertreter des Philologenverbands Baden-Württemberg am 7. Oktober 2019 mit der CDU-Fraktion des Landtags im Haus der Abgeordneten.



Vertreter des Philologenverbands Baden-Württemberg trafen sich am 9. Oktober 2019 im Haus der Abgeordneten des Landtags Baden-Württemberg zum bildungs- und berufspolitischen Austausch mit den Grünen.

Neue Lernwege im Allgäu

Das Hans-Multscher-Gymnasium in Leutkirch im Allgäu geht seit zwei Jahren neue Wege: **Lern³** (sprich: Lern-hoch-drei) heißt hier die Antwort auf veränderte Schul- und Gesellschaftsbedingungen.



Was verbirgt sich genau hinter dieser Bezeichnung? Lern³ ist ein vom Kollegium des Hans-Multscher-Gymnasiums in Leutkirch entwickeltes pädagogisches Konzept, das grundsätzlich auf drei Säulen basiert, dem Lernbewusstsein, der Lernbegleitung und der Lernumgebung.

Das Ziel dabei ist, dass die Schüler mehr Eigenverantwortung für den eigenen aktiven Lernprozess übernehmen. Daraus leitet sich die erste Säule, das **Lernbewusstsein**, ab. In der Unterstufe werden die Schüler mittels Lernwegelisten, die genaue Angaben zu Zeitplanung, Unterrichtsphasen, Aufgabenstellung und Arbeitsmaterialien enthalten, an dieses Ziel herangeführt. Dazu bekommen sie über Lernstandskontrollen und Kompetenzraster Orientierung über ihren Lernerfolg. In so genannten IFA-Stunden arbeiten sie selbständig und in individuellem Tempo an ihren Aufgaben.

Die zweite Säule des Konzeptes ist die **Lernbegleitung**. Dabei haben Fachlehrer besonders während der offenen Unterrichtsphasen die Zeit, um mit einzelnen Schülern individuelle Fragen zu besprechen oder weiteres Arbeitsmaterial zur Verfügung zu stellen. Ebenso gibt es die Möglichkeit, nicht verstandene Lerninhalte in kleinen Gruppen

noch einmal zu besprechen. Fester Bestandteil dieses Bausteins sind die Tutorengespräche, die teilweise mit den Eltern gemeinsam und regelmäßig stattfinden.

Die dritte Säule bildet die **Lernumgebung**, denn Lernen braucht Raum. Dafür wurde ein neues Gebäude geplant und gebaut, das auf dieses Konzept zugeschnitten ist. So finden sich auf jeder Etage Gruppenräume, die auch Inputphasen in Klassengröße ermöglichen. Zusätzlich gibt es eine offene Lernlandschaft, in der die Schüler allein oder in kleinen Gruppen selbständig arbeiten.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie auf der Homepage der Schule: www.hmg-leutkirch.de

Evelyn Kapahnke





Lern³

Interview mit OStD Thomas Tomkowiak, Schulleiter des Hans-Multscher-Gymnasiums in Leutkirch im Allgäu

Soll LERN³ an Ihrer Schule bis zur Oberstufe ausgebaut werden und damit auch zum Abitur führen?

Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Konzept weiterentwickelt werden muss. Ich glaube, dass sich die Methodik und die Arrangements ändern müssen, weil die Schüler in Klasse 8 anders arbeiten möchten als in Klasse 5 und 6. Wenn man zum Beispiel die beiden Säulen Lernbegleitung und Lernbewusstsein nimmt, braucht es diese auch für Schüler in Klasse 8. Die Säulen müssen dann jedoch anders gestaltet werden als in Klasse 5 und 6. Ich bin davon überzeugt, dass sich das Konzept evolutionär in der Mittelstufe weiterentwickelt und deshalb die Oberstufe nur die konsequente Fortsetzung dessen ist.

Wie reagieren die Eltern bisher darauf?

Die Rückmeldungen sind nach den zwei Jahren insgesamt äußerst positiv. Was vor allem daran liegt, dass die Eltern die Lernbegleitung als sehr positiv erleben, weil sich die Lehrer Zeit

für die Schüler nehmen. Es gibt statt eines Elternsprechtages ein gemeinsames Gespräch mit Eltern, Schülern und Lehrern, was von den Eltern besonders positiv aufgenommen wird.

Im Allgäu spielt die Realschule innerhalb der Schullandschaft nach wie vor eine wichtige Rolle. Nachdem Bayern das G9 wieder eingeführt hat und das Hans-Multscher-Gymnasium mit einem ganz neuen pädagogischen Konzept in Klasse 5 gestartet ist, fragt sich, ob dadurch die Anmeldezahlen am HMG stabilisiert oder sogar wieder erhöht werden können?

Das ist eine berechtigte Standortfrage. Hier im ländlichen Raum sind viele bayerische Schüler durch die Wiedereinführung des G9 in Bayern weggebrochen. Würde man diese hinzuzählen, hätten wir sogar ein Wachstum. Nicht nur die Realschule, sondern auch die berufliche Schule, die hier zwei Zweige – den technischen und sozialwissenschaftlichen – anbietet, ist eine starke Konkurrenz. Dadurch verlieren wir natürlich immer wieder Schüler wie auch viele an-

dere Gymnasien. Ich denke, man muss Geduld haben und vielleicht in drei Jahren, wenn die ersten LERN³-Schüler in Klasse 10 sind, die Anmeldezahlen überprüfen und auswerten.

Seit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung gibt es auch am Gymnasium eine sehr gemischte Schülerschaft, was deren Leistungsspektrum betrifft. Wie kann das neue Konzept auch schwächere Schüler mitnehmen?

Ich glaube, das bleibt schwierig. Das Konzept LERN³ zielt darauf ab, dass man auf gymnasialem Niveau mit den heterogenen Voraussetzungen der Schüler umgeht. Jede Schule hat eine heterogene Schülerschaft, was Verhalten, soziale und fachliche Kompetenzen betrifft. All das muss auch ein Gymnasium, das zukunftsfähig sein will, in den Blick nehmen. Wir wollen eben nicht nur schwächere Kinder fördern, worauf in den letzten Jahren verstärkt der Fokus lag, sondern auch die sehr guten Schüler. Ich glaube, dass das Konzept LERN³ es allen, die fürs Gymnasium geeignet sind, ermöglicht, in ihrem Tempo ihr Ziel zu erreichen.

Wie zeitintensiv ist die Arbeit der Kollegen, vor allem im Bereich der Lernbegleitung, die viele Absprachen und Teamarbeit erfordert?

Für die Teams in Klasse 5 und 6 funktioniert das bisher sehr gut. Ich erlebe in Gesprächen, dass die Zusammenarbeit mit anderen Kollegen als sehr positiv erlebt wird, was natürlich ganz wichtig in dem Prozess für die gesamte Schule ist. Es gibt einen Mehrwert vor allem dahingehend, dass man gewisse Absprachen treffen kann, an die sich die Kollegen halten und damit Einzeldiskussionen mit Eltern nicht mehr stattfinden. Teamarbeit heißt nicht, dass der Lehrer seine persönliche Unterrichtsgestaltung aufgeben muss, aber es geht um verbindliche Absprachen sowohl der Lerninhalte als auch der Leistungsmessung und -bewertung innerhalb der Fachschaften.

Kommen wir noch einmal auf den Punkt der Zeitintensität für die Kollegen zurück: Sehen Sie einen

Vorteil im Coachingsystem, bei dem es keine Klassenlehrer mehr gibt, sondern Lernbegleiter, die sich mit Fachkollegen absprechen und über einzelne Schüler beraten?

Ich glaube, das ist der Bereich, der im Moment viel Zeit beansprucht. Ich bin der Meinung, dass wir genau diese Säule konsequent weiterentwickeln müssen. In Klasse 5 und 6 ist das Prinzip der Tutoren, die sich eine Klasse teilen, sinnvoll, weil die Schüler es aus der Grundschule kennen, dass es eine engere persönliche Bindung gibt.

Aber ich glaube, wenn wir LERN³ konsequent weiterführen, sollten möglichst viele Kollegen als Tutoren fungieren können. Denn so kann eine Belastung auf viele Schultern verteilt werden, indem nicht nur die Hauptfachlehrer die Gespräche führen müssen. Lernbegleitung ist wichtig, aber es braucht nicht mit jedem Schüler das halbstündige Gespräch. Lernbegleitung erfolgt kontinuierlich und in kleinen Etappen. Deshalb halte ich sie für den individuellen Lernerfolg für essentiell.

Inwiefern ist der Neubau mit seiner Innenausstattung wichtig für das Konzept?

Die Säule der Lernumgebung gibt gerade jetzt im Neubau den Schülern und Lehrern wesentlich variabelere Möglichkeiten der Unterrichtsgestaltung. Das Entscheidende ist, dass man jetzt nicht das eine Raumkonzept hat, sondern dass man ein Konzept hat, dass sich im Laufe der Zeit verändern könnte. Sowohl die Lernlandschaft, als auch die Klassenzimmer können für den Unterricht je nach Bedarf genutzt werden. Diese Variabilität, die es in einer klassischen Flurschule nicht gibt, ist für LERN³ wichtig. Allerdings müssen wir erst einmal improvisieren, bis unser Hauptgebäude saniert werden kann. Dann wird es wieder ein pädagogisches Raumkonzept geben, was eine Arbeit mit offenen Lernlandschaften ermöglicht. Dieses wird dann an die Bedürfnisse der Mittelstufe angepasst werden.

Das Interview führte Evelyn Kapahnke.

Rückmeldungen von Lehrkräften, die mit dem pädagogischen Konzept bereits gearbeitet haben

Welche besonderen Verbesserungen oder Erleichterungen erfahren Sie durch das neue Konzept für Ihre Arbeit und für die Schüler?

AW: Unser Material in Mathe ist echt toll, weil dort die Ideen und Erfahrungen von drei Kollegen drinstecken und wir viel effektiver vor- und überarbeiten. Für die Arbeitsbelastung war das für mich zunächst mehr Arbeit, ich musste zwar pro Klasse nur zwei (statt sechs) Kapitel vorbereiten, habe mich hier aber richtig reingekniet. Ich hoffe, das zahlt sich in den nächsten Jahren aus.

IA: Die Teamarbeit mit meinen Kollegen verbessert die eigene Unterrichtsqualität, erspart mir Arbeit und ermöglicht fachlichen Vertretungsunterricht in Parallelklassen. Weniger Stundenentfall für Schüler.

MS: Die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen ist enger, wodurch die Qualität des Unterrichts und die Vergleichbarkeit steigen. Die Schüler können selbständiger arbeiten und haben weniger Stundenentfall.

TS: Lernen wird einerseits verbindlicher, andererseits gibt es mehr Freiheit für den Einzelnen in Bezug auf zeitliche Gestaltung.

Welche Elternreaktionen haben Sie bisher bezüglich des neuen pädagogischen Konzeptes erfahren?

AW: Die Eltern merken, dass wir sehr viel korrigieren und uns mit den Schülern beschäftigen und melden das zurück. Von manchen Eltern kommt auch die Rückmeldung, mein Kind arbeitet viel zu viel, da muss gegengesteuert werden. Eltern und Schüler sehen sehr schnell, ob der Schüler am Gymnasium eine Chance hat.

IA: Viele Eltern erleben einen Zuwachs an Selbstständigkeit bei ihren Kindern – das kommt gut an. Besonders geschätzt wird die intensive

und individuelle Lernbegleitung durch die Tutoren.

HF: Positive Rückmeldungen bezüglich der Lernbegleitung. Kritik kommt zum Teil bezüglich der Menge an Hausaufgaben.

Wo sehen Sie weitere Baustellen oder Verbesserungen?

AW: Für die Lernbegleitung brauche ich unbedingt mehr Zeit in Form von Deputatsstunden, sonst können wir nicht das leisten, was wir uns hier vorgenommen haben.

IA: Wichtig wäre die räumliche Um- oder Neugestaltung unseres Hauptgebäudes, denn im Lernhaus hat sich gezeigt, dass eine veränderte Lernumgebung einen enorm positiven Effekt auf das Lernverhalten der Schüler hat.

HF: Die Lernbegleitung ist zeitintensiv und sollte angemessen vergütet werden. Denkbar wären hierfür Hilfen vom Land durch Bereitstellung von Stunden. Die Vorbereitungszeit beim ersten Durchgang ist sehr hoch.

Wie gut funktioniert das Tutoren- und Lernbegleitsystem aus Ihrer Erfahrung heraus, vor allem im Vergleich zum bisherigen Klassenlehrersystem?

AW: Besser, aber es benötigt mehr Zeit, wobei der Bezug zu den einzelnen Schülern vor allem bei unauffälligen Kindern auf alle Fälle besser ist.

IA: Wir können dadurch gezielter an persönlichen Schwierigkeiten und Herausforderungen der Schüler arbeiten und gemeinsam nach Lösungen suchen. Man fühlt sich 'näher' an den Schülern.

MS: Man kann bei individuellen Problemen viel besser helfen.

Die Fragen stellte Evelyn Kapahnke.

Wahl: JuPhi-Vorsitz in den Bezirken

Wahlauf Ruf

In diesem Schuljahr finden wieder die Wahlen zu den JuPhi-Bezirksvorsitzenden und deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern in Form einer Briefwahl statt:

- Versand einer E-Mail an alle Wähler mit der Aufforderung, die Wahlunterlagen für die Briefwahl bei der Landesgeschäftsstelle zu beantragen
- Versand der Briefwahl-Unterlagen mit Kandidatenvorstellungen, Wahlzettel und frankiertem Rückumschlag
- Rücksendung der Briefwahlunterlagen und Auszählung

Zeitplan	Meldung der Kandidatinnen und Kandidaten bis zum 31. Januar 2020
	Beantragung der Wahlunterlagen in der Landesgeschäftsstelle vom 13. Februar bis 6. März 2020
	Zeitraum der Briefwahl 13. Februar bis 17. März 2020 (Posteingang!)
	Öffentliche Auszählung am 17. März 2020, um 16:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle

- Mitarbeit in den geschäftsführenden Vorständen der Bezirke
- Teilnahme und Mitarbeit bei den Klausurtagungen auf Landesebene
- Mitarbeit bei den Referendarvorstellungen an den jeweiligen Seminaren
- Teilnahme bei Vernetzungstreffen innerhalb des Beamtenbundes
- Teilnahme bei den Sitzungen auf Bundesebene
- Erstellen von Positionspapieren oder anderen inhaltlichen Papieren im weitesten Sinne
- Und noch vieles mehr ...

Hast Du noch Fragen?

Dann melde Dich bitte bei den aktuellen JuPhi-Bezirksvorsitzenden und deren Stellvertreterinnen/Stellvertretern oder bei der JuPhi-Landesvorsitzenden.

Baden-Württemberg

Martina Scherer | martina.scherer@phv-bw.de

Nordbaden

Martina Scherer | martina.scherer@phv-bw.de

Mathias Fuchs | mathias.fuchs@phv-bw.de

Nordwürttemberg

Laura Schönfelder | laura.schoenfelder@gmx.de

Corinna Heiss | corinna.heiss@hotmail.fr

Südbaden

Stephanie Gutgsell | stephanie@gutgsell.net

Südwürttemberg

Pascal Maucher | pascal.maucher@t-online.de

Kandidiere selbst!

Wenn Du Lust auf die folgenden Aufgaben hast und unter 43 bist, meldest Du Dein Interesse bitte an die Landesgeschäftsstelle bei der Wahlleiterin **Antje Schmidt** schriftlich oder per E-Mail (antje.schmidt@phv-bw.de) bis zum 31. Januar 2020 (Posteingang!).

Deine Aufgaben:

- Organisation und Gestaltung der JuPhi-Treffen und JuPhi-Veranstaltungen innerhalb des eigenen Bezirkes

Der neue Bezirkspersonalrat Südbaden

Die neue Fraktion des Philologenverbandes im Bezirkspersonalrat am Regierungspräsidium Südbaden (v.l.n.r.):

Christine Waibel,
Martin Stroh,
Claudia Hildenbrand,
Joachim Schröder,
Stephanie Gutgsell,
Gabriele Müller-Blechschild
und Rüdiger Klatt





Das Qualitäts(verlust)konzept oder: Wie man funktionierende Strukturen zerstört

Geschickter hätten es die Gegner der Bildung nicht planen können: Ein nahezu perfekter Coup, um ein seit Jahren bewährtes System lahmzulegen.

Was man dazu braucht: eine ambitionierte politische Führung, die ein (vermeintliches) Defizit entdeckt hat, ein praxisfernes Planungsgremium, das über wenig Mittel verfügt. Diese unwillige Verwaltung, die vor allem sieht, was sie zu verlieren hat – diese lasse man mehrere Jahre tagen, möglichst ohne dass die von der Veränderung Betroffenen dabei zu Wort kommen. Dann entsteht das sogenannte Q-Konzept: ein so neues wie verzichtbares Bürokratiemonster, eine zusätzliche administrative Ebene, die zunächst vor allem über einen Briefkopf verfügt, bei der wertvolle Kompetenzen zu erprobten Arbeitsabläufen nicht weitervermittelt werden können, denn viele Stellen sind gar nicht besetzt, und bei der kompetente Fachberater auf einen Teil ihrer Fähigkeiten reduziert werden, womit verhindert wird, dass die Ämter in gewohnter Weise funktionsfähig bleiben und in

gewohntem Umfang Fortbildungen stattfinden können.

Um die Verwirrung zu multiplizieren, werden einem der neuen zentralen Institute noch diverse Regionalstellen untergeordnet, deren Leitung man vorerst unbesetzt und deren Struktur man weitgehend in der Schwebe lässt. So geht auch der Kontakt zu den Beamten, die diesen Stellen zugeordnet wurden, verloren.

Besonders geschickt erscheint der Schachzug, diese Scheinreform genau dann durchzusetzen, wenn die Struktur des Abiturs gerade verändert wird und viele Kolleginnen und Kollegen Fortbildungsbedarf haben. Damit die Fortbildungen, die dennoch angeboten werden, von möglichst wenig Kolleginnen und Kollegen besucht werden können, installiert man ein 'verbessertes', tatsächlich jedoch dysfunktionales digitales Anmeldesystem, das zum Zeitpunkt der Freischaltung nicht nur nicht funktioniert ('Anlaufschwierigkeiten'), sondern bei dem die Kolleginnen und Kollegen, die trotz aller Widrigkeiten den Anmeldeprozess erfolgreich durchlaufen haben (oft indem sie einfach beim Fortbildner anrufen), nicht über ihre Zulassung zur Teilnahme infor-

miert werden. Eine Mail an Teilnehmer wäre zu viel des Aufwandes – sonst würden diese ja tatsächlich fortgebildet werden.

Das zentrale Institut wird dann rechtzeitig vor, nein: kurz nach der Inbetriebnahme unter Wasser gesetzt. Doch halt! Das war höhere Gewalt.

Es kursieren allerdings Theorien, dass hinter dieser scheinbar unverbundenen Strategie ein langfristiger Masterplan steckt: angefangen mit der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit über die Verlängerung der Lehrerarbeitszeiten und die Niveaunivellierung mithilfe der entfallenen Grundschulempfehlung bis hin zur meisterhaft durchgeführten Zerschlagung der über Jahre mühsam errichteten Fortbildungsstrukturen. Und jedes Mal hat sich ein Politiker dabei profiliert – auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte, der Bildung. Und jedes Mal hat dieser Politiker die auszulöffelnde Suppe zurückgelassen.

Wie gesagt: Geschickter hätten es die Gegner der Bildung nicht planen können.

Dieter Grupp

Stand: November 2019 – als unverbesserlicher Optimist wagt der Autor zu hoffen, dass der Coup nicht gelingt.

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband

Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer

PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

Fax

E-Mail

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A

Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E

Studienreferendar/in

Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname

Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

BIC

IBAN

D

E

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7.2 der Satzung ein Austritt sechs Wochen zum Quartalsende möglich ist.

Hinweis zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gibt der Betroffene entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO die Einwilligung durch seine Unterschrift. Die anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten sind allein zum Zwecke des entstehenden Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlich und werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO erhoben. Für jede darüber hinausgehende Nutzung dieser Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es der Einwilligung des Betroffenen.

Ort, Datum

Unterschrift

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben an: **Philologenverband Baden-Württemberg**
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Fax: 07 11 / 2 39 62-77 | E-Mail : info@phv-bw.de senden/faxen.

Auszug aus der ab 1. Juli 2019 geltenden Beitragsordnung (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14	18,35 Euro	A 13/E 14	18,85 Euro
	A 14/E 15	20,15 Euro	A 15/E 15Ü	21,95 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten	1,88 Euro	Referendare	3,77 Euro
			Pensionäre	7,54 Euro